

Dresdner Volkszeitung

Hauptschreibst. Dresden
Nr. 1206, Ruben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl B. Ruben, Dresden
Vertrieb: Carl B. Ruben, Dresden
Vertrieb: Carl B. Ruben, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen überreicher Art, ist es durch eine Einleit. d. d. Dresdner Volkszeitung dem Lesenden auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Abrechnung mit der Reichsregierung über die Unterhaltungsbezüge...
Preis: monatlich 2,40 RM, einjährig 24 RM, halbjährig 12 RM, vierteljährig 6 RM, wöchentlich 1,95 RM, auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Schreibweise: Mittelschreibweise, 10. Hermannstraße Nr. 25, Dresden.
Telefon: 22 22 22, 22 22 22, 22 22 22.
Telegraphische Anrede: Dresdner Volkszeitung

Abrechnung mit der Reichsregierung über die Unterhaltungsbezüge...
Preis: monatlich 2,40 RM, einjährig 24 RM, halbjährig 12 RM, vierteljährig 6 RM, wöchentlich 1,95 RM, auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Nr. 236

Dresden, Mittwoch, den 7. Dezember 1932

43. Jahrgang

Der Beginn der Schicksalstagung

Reichstagsseröffnung - Göring Präsident - SPD. sucht Löbes Vizepräsidentschaft zu hindern - Nazis gebärden sich als Parlamentschützer SPD. fordert sofortiges Gericht über Schleicher - Nazis schützen ihn

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:
Das Reichstagsgebäude war am Dienstag in weitem Umkreis abgeperrt. Die Nationalsozialisten, die früher stets über diese Abperrung des Parlaments von der Volksmasse geklagt haben, sind jetzt sehr damit einverstanden. Sie halten den Präsidentenposten befehligt. Im Reichstagsgebäude selbst ist bei der raschen Folge von Auflösungen die Eröffnung von beinahe zur Gewohnheit geworden. Es war gut, daß die Nationalsozialisten wieder in voller Uniform erschienen. So wurde deutlich, daß der braune Fleck im Empfangssaal durch die letzten Wahlen schon merklich kleiner geworden ist. Aus dem Vorhang hinter dem Präsidentenstuhl wurde ganz unbemerkt der Alterspräsident General a. D. von Rihmann auf. Seine Fraktion mußte erst angestoßen werden, ehe sie in die vorgezeichneten Reihen ausbrach. Die Kommunisten antworteten mit „Nieder!“, „Nieder!“ „Nieder!“ ist das Gebrüll mit Heil und Nieder aber geblieben.

General Rihmann redet. Er ist 82 Jahre alt. Rihmann des Alterspräsidenten pflegt man keiner scharfen Kritik zu unterziehen. Immerhin: so etwas an geistigem Verfall hat der Reichstag noch niemals bei einem Alterspräsidenten erlebt. Rihmanns Rede hatte zwei Abschnitte. Ermal feierte er den guten Adolf Hitler als bereitwilligen Führer des Vaterlandes, dem der Reichspräsident nicht erlaube, die Weisheitsarbeit für das deutsche Volk zu leisten. Im zweiten Teil brach offensichtlich alte Generalseufzer gegen den einstigen Kameraden und obersten Seerführer durch. Rihmann feierte seine eigenen Schlachtenfuge, oder was er dafür hält, und schleuderte dann gegen Hindenburg Vorwürfe, die nach den Erdbegriffen der Offiziere eigentlich zu einem Kampfbuch führen müßten. Aber dazu sind erstens die Herren zu alt. Rihmann mochte gegenüber dem Reichspräsidenten zu sagen, daß es sich jetzt darum handele, ob Hindenburg dem Fluch entgehe, das deutsche Volk in Verwirrung und in die Arme des Bolschewismus getrieben zu haben. Auch Rücksicht auf auswärtige Mächte warf der Alterspräsident seinem Generalkollegen auf dem Präsidentenstuhl des Deutschen Reiches vor. Sie schämte der Patriotismus unserer Kommunisten auf. Sie schimpften die Nationalsozialisten Vaterlandsverräter und erinnerten an deren Verbrechen Südtirols. Der Alterspräsident endete so lang und langlos, daß seine Fraktion vergaß, ihm Beifall zu zollen.

Bei der Präsidentenwahl versuchten zunächst die Kommunisten durch dauernde Zwischenrufe im Chor die Wahl des Präsidenten zu verhindern. Bald aber gaben sie alle Sabotage auf. Der Nationalsozialist Fried schlug als ersten Präsidenten wieder den Reichstagsabgeordneten Göring vor. Die Deutschnationalen stellten als Gegenkandidaten ihren Fraktionskollegen Graef vor, was erneut die Kritik zwischen Eugenberg und Iller aufweckte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann erklärte, daß die Sozialdemokratie nur einen Präsidenten wähle, der zur Wahrung der Rechte des Reichstags auf Grund seiner Ueberzeugung geeignet sei. Die Nationalsozialisten hätten sich immer wieder als grundsätzliche Gegner des Parlaments gezeigt. Die Sozialdemokraten schlugen den bejahrten langjährigen Präsidenten Paul Lobe vor. Nun ist es ein lornisches Zwischenpiel. Die Kommunisten promanierten als ihren Präsidentschaftskandidaten Lorgler. Der Kommunist Radel verkündete, daß die Kommunisten in einem etwaigen zweiten Wahlgang für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Paul Lobe, stimmen würden. Das war ein Wandel, weil mit einem zweiten Wahlgang nicht gerechnet werden konnte. Das Läusehandmanöver wurde aber noch klarer, als Radel zu einer Wüste und wilden Schimpfrede gegen die Sozialdemokratie ausholte. Während er in einem Satz für den unmöglichen Fall einer Stichwahl einzutreten seiner Fraktion für Lobe ankündigte, fügte er Hundert Töne mit Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie an, die schlimmer als die Nationalsozialisten seien. Dittmann antwortete, die Rede sei zu konfus, als daß man darauf eingehen könne. Die Sozialdemokratie werde nicht um die Stimmen von Abgeordneten, die so ihre Partei besudeln. Die Wahl des ersten Präsidenten ergab 279 Stimmen für Göring, 190 für Lobe, 99 für Lorgler, 51 für Graef.
Unter stillchem Heil-Geschrei der Nazis befeigt Göring den Präsidentschaft. Seine Antrittsrede war formal so

demokratisch, daß die Sozialdemokraten wiederholt in ironische Beifallsrufe ausbrachen. Göring wandte sich dagegen, daß man das Parlament herabzumüßigen verluche. Das Parlament sei heute die einzige Stelle, wo der Wille des Volkes gehört werden könne. Als Göring dann, ahnungslos, welche Blöße er sich gab, von dem Kuhhandel in der Wilhelmstraße sprach, ging braufendes Gelächter durch das ganze Haus. Denn die größten Kuhhändler waren die Nazis! Göring vertieg sich sogar zu dem Satz, daß Autorität im Volke verturtelt werden müsse und nicht durch Gewalt gestiftet werden könne. Auf Bajonette könne man sich nicht setzen. Die Mitte schmunzelte, immer wieder riefen die Sozialdemokraten spöttisch „Sehr richtig!“ und „Bravo“. Göring schloß seine beinahe staatsparteilich-demokratische Rede mit einem Protest gegen den Mißbrauch des Artikels 48. Er warb für den Geist der Verfassung von Weimar und hoffte, er, der Köpferoller von einst, daß die Parteien sich auf einer gemeinsamen Basis zur Aenderung der Not finden würden.

Als erster Vizepräsident wurde Esser (Zentrum) gewählt. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten schlug die Sozialdemokratie Paul Lobe vor, weil hier noch der parlamentarischen Konstellation die einzige Möglichkeit war, einen sozialdemokratischen Vertreter ins

Präsidium zu entsenden. Nun hatten die Kommunisten Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob sie ein marxistenreines Präsidium haben wollten oder nicht. Im ersten Stimmgang erhielten Lobe 198, der Bayerische Volksparteiler Rauch 196, Lorgler 93 und der Deutschnationale Graef 98 Stimmen. Wie zu erwarten war, berubete die kommunistische Taktik auch hier wieder auf der Lüge: „Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie.“ Die Kommunisten stimmten auch in der Stichwahl für Lorgler, so daß ihre 95 Stimmen ungültig wurden. Gewählt wurde mit 255 gegen 202 Stimmen, die auf Lobe entfielen, der Bayerische Volksparteiler Rauch. Noch toller wurde die Mißstellung der Kommunisten für die kapitalistischen Parteien bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten sichtbar. Jetzt schlugen die Nationalsozialisten wie einen Spott auf den Namen einer Arbeiterpartei als Vizepräsidenten den Volksparteiler Dr. Hugo vor, einen der reaktionärsten Unternehmern, die es in Deutschland gibt. Beim ersten Wahlgang erhielten Hugo 204, Lobe 193, Lorgler 87 und Graef 52 Stimmen. In der Stichwahl unterstützten die Kommunisten wiederum durch die Abgabe von ungültigen Stimmen den Gegenkandidaten Lobe, diesmal also den Unternehmern Hugo. Auf Hugo entfielen jedoch 205, auf Hugo 204 Stimmen. Trotz der

SPD. fordert sofortige Hilfe!

Weg mit der Papenschen Hungerverordnung

Am Dienstag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch eine Reihe von Anträgen und Initiativgesetzentwürfen angedreht und sofort im Reichstag eingebracht.

Zunächst wird die Außerkräftsetzung der Rotverordnung vom 14. Juni 1932 über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, der Rotverordnung vom 4. September zur Velebung der Wirtschaft und der Rotverordnung vom 5. September zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit verlangt. Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge sind Eventualanträge eingebracht worden, wenigstens einige Teile dieser Rotverordnungen aufzuheben.

Weiter wird ein Initiativgesetz über Erhöhung der Sozialleistungen beantragt. Dieser Entwurf sieht vor, daß die Arbeitslosenunterstützungen, die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen, die Sozialrenten und die Kriegerverzinsung auf den Stand vor der Rotverordnung vom 14. Juni

gebracht werden sollen. Die dazu notwendigen Mittel soll das Reich den Gemeinden überweisen, und zwar aus neuen Steuern und Monopolen.

In einem anderen Initiativgesetzentwurf über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung wird die unentgeltliche Abgabe von Brot und Kohle sowie die verbilligte Abgabe von Fleisch an Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten verlangt. Die Mittel für die Verteilung soll das Reich den Gemeinden aus den Wehrerträgen der Treibstoffzölle bei Aufhebung des Beimischungszwangs überweisen, die Mittel für die Kohlenbelieferung aus der Steuererhebung der Ausgleichsabgabe für Mineralöle, die Mittel für die Fleischverbilligung aus dem Marktforschungsfonds des Reichsernährungsministeriums.

Schließlich hat die sozialdemokratische Fraktion noch einen umfangreichen Initiativgesetzentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung samt Finanzierungsmaßnahmen ausgearbeitet, der auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Gemeinden vorsieht.

Sozialdemokratische Gesetzentwürfe für Amnestie - gegen Sondergerichte

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat inzwischen außer ihrem Richtersanktionsgesetz gegen das Gesamtministerium von Schleicher auch bereits einige Initiativgesetzentwürfe im neuen Reichstag eingebracht.

Der wichtigste ist ein Gesetzentwurf über Straffreiheit, der nur mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit gutgehen können würde. Nach diesem Entwurf soll Straffreiheit gewährt werden für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen begangen worden sind. Darunter würden auch die Straftaten fallen, die von den Berliner Sondergerichten wegen der Ausschreitungen beim letzten Reichstagswahlkampf verhängt worden sind. Ferner soll Straffreiheit gewährt werden wegen Taten, die aus wirtschaftlicher Not begangen worden sind, falls die Strafe nur in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten besteht. Anhängige Verfahren sollen eingestellt, neue nicht eingeleitet werden.

Die Amnestie soll nicht gelten für den Verstoß militärischer Geheimnisse und für Landesverrat, ferner nicht für Verbrechen gegen das Leben und gegen das Spargeldgesetz.

Ein anderer sozialdemokratischer Initiativgesetzentwurf verlangt das Außerkräftsetzen der Rotverordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und des Kap. 1 (Vereinfachung und Ersparnisse) des 6. Teils (Rechtspflege) der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Ein weiterer Initiativgesetzentwurf über die Aufhebung der Sondergerichte fordert das Außerkräftsetzen des Kap. 3 des 6. Teils der Rotverordnung vom 6. Oktober 1931 über Sondergerichte und der auf Grund dieser Verordnung erlassenen Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August. Die bei den Sondergerichten anhängigen Verfahren sollen in das ordentliche Verfahren übergehen, auch wenn die Hauptverhandlung bereits begonnen hat. Sondergerichtsurteile können nach dem sozialdemokratischen Antrag binnen eines Monats angefochten werden. Der in Haft befindliche Verurteilte ist über dieses Anfechtungsrecht zu belehren, für ihn beginnt die Frist erst mit dem Tage der Befreiung. Die Folge soll eine neue Hauptverhandlung vor dem zuständigen ordentlichen Gericht sein. Auf Antrag des Verurteilten ist dann auch die Strafvollstreckung zu unterbrechen.

Schließlich hat die sozialdemokratische Fraktion noch folgenden Entwurf eingebracht: Der Reichstag verlangt gemäß Artikel 66 Abs. 3 der Reichsverfassung die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen, vom 30. Juli 1932.

Kommunistischen Taktik ist also diesmal das Reichstagspräsidium nicht marxistenrein; Löbe ist Dritter Vizepräsident. Nach der Wahl des Präsidiums wiederholten die Kommunisten und die Nationalsozialisten ihre Anträge auf Haftentlassung von insgesamt fünf Reichstagsmitgliedern, darunter ein nationalsozialistischer Totschläger und ein nationalsozialistischer Bombenwerfer. Die Sozialdemokratie verlangt getrennte Abstimmung, weil sie zwar für die Freilassung der Kommunisten, nur wegen geistigen Hochverrats inhaftierten Abgeordneten ist, nicht aber verantwortlich kann, daß nationalsozialistische Bombenleger und Totschläger wieder auf die Menschheit losgelassen werden. Die Kommunisten sind in ihrer Bruderliebe zu den Nationalsozialisten, anderer Meinung. Auf Vorschlag des Reichstagspräsidenten Effer verständigten sich reich Dr. Fric von den Nationalsozialisten und Torgler über gemeinsame Abstimmung. Mit der kommunistisch-nationalsozialistischen Einheitsfront wird die Haftentlassung der fünf Abgeordneten beschlossen. Die Kommunisten haben also dafür gefordert, daß die beiden nationalsozialistischen Vandalenführer wieder Bomben auf Arbeiterhäuser werfen, wieder auf Arbeiter schießen können.

Eine lebhaft entwickelte sich zur Frage, was auf die Tagesordnung der zweiten Sitzung gebracht werden soll. Die Sozialdemokratie läßt durch Löbe fordern, als ersten Punkt auf die Tagesordnung am Mittwoch zu setzen: Erklärung der Reichsregierung, daran anschließend die sozialdemokratischen Anträge auf Arbeitsbeschaffung, auf Winterhilfe, auf Erhöhung der sozialen Leistungen und auf Amnestie. Löbe appelliert an die Parteien des Hauses. Sie hätten alle ihren Wählern versprochen, reich etwas zur Vinderung der Not zu

tun, also müsse der Reichstag dem sozialdemokratischen Antrag auf beschleunigte Beratung dieser sozialpolitischen Anträge zustimmen. Der Kommunist Torgler will statt der sozialdemokratischen Anträge die Abstimmung über den kommunistischen und den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Schleicher auf die Tagesordnung bringen.

Sowohl Breitscheid wie später noch einmal Löbe bedecken die Unsinnigkeit dieses kommunistischen Vorschlags auf. Was würde er bedeuten? Würde die kommunistische Taktik Erfolg haben, so würde in der Mittwochssitzung der Reichstag keinerlei Gelegenheit haben, auch nur eine einzige Rede an das Volk gegen das Kabinett Schleicher zu halten. Das Mißtrauensvotum würde angenommen, der Reichstag würde sofort wieder aufgelöst, und alle Hilfsanträge für die notleidenden Volksgenossen würden in der Versenkung verschwinden. Breitscheid und Löbe verlangten, daß das Parlament von seinem Recht und seiner Pflicht Gebrauch mache, vor dem Volk sich mit der Regierung auseinanderzusetzen. Es dürfe sich nicht selbst ausschalten lassen. Eindringlich wies Löbe darauf hin, daß der kommunistische Vorschlag die sofortige Auflösung des Reichstags bringe, also verhindern würde, daß das Parlament für Arbeitsbeschaffung, für Winterhilfe, für die Erwerbslosen irgend etwas tue. Dennoch hielten die Kommunisten ihren Antrag aufrecht. Er wurde mit den Stimmen aller Parteien abgelehnt. Daß die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Tagesordnung vernünftiger ist, ergab sich auch daraus, daß die Kommunisten trotz ihren Schimpfereien nun für den Löbeschen Vorschlag stimmten. Auch dieser fand aber keine Mehrheit. Mit den Parteien der Mitte stimmten auch die Nationalsozialisten dagegen, daß auf die Mittwochssitzung schon die Abgabe einer Regierungserklärung

des Kabinetts von Schleicher und die Beratung der sozialpolitischen Anträge auf Aufhebung von antisozialistischen Notverordnungen gesetzt wurden. So hatte diese erste Reichstagsitzung des neuen Reichspräsidenten schon mancherlei politisch aufklärende Ergebnisse. Die Kommunisten erwiesen sich als Silbmannsche Schakale für die Herbeiführung eines marxistenreinen Präsidiums. Trotzdem mußten ihnen diese Hilfe nicht. Löbe wurde gegen sie gewiß. Die Nationalsozialisten zeigten sich als windbeutelhaft. Sie sind auf dem besten Wege, sich zu einem Unhängel der bürgerlich-kapitalistischen Parteien zu entwickeln. Dem Weg zur Isolierung des Schleicher-Kabinetts haben die Nationalsozialisten dadurch beschritten, daß sie die sofortige Auseinandersetzung des Parlaments mit der Reichsregierung verhindert haben.

Nazis für Waffenstillstand

Berlin, 7. Dezember. (Fig. Funk.) Die Reichsregierung bestätigt heute, daß zwischen den bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten eine Verständigung noch „unverbindliche Uebereinkunft“ erzielt worden sei, nach der das Parlament in der Form verhandelt werden soll, daß der Präsident ermächtigt wird, im Einvernehmen mit dem Kabinettsrat die neue Sitzung anzuverordnen. Die Regierung ihrerseits hoffe, daß der Reichstagspräsident diese Sitzung nicht vor dem 10. oder 17. Januar ansetzen werde und damit der sogenannte Winterwaffenstillstand automatisch eintrete. Allerdings werden auch auf der rechten Seite Ueberrassungen nicht für ausgeschlossen gehalten.

Völkerbund und Japans Krieg

T. Genf, 6. Dezember. (Fig. Ber.) Am Dienstag wurde von dem belgischen Außenminister die außerordentliche Völkerbundversammlung eröffnet, die zur Beratung des Mandchurienkonfliktes einberufen worden ist. Der Delegierte Ghinas, Hen, brachte in ungehörter scharfer Sprache gegen Japan folgende vier Forderungen seiner Regierung vor:

1. Gehört auf die Forderungen der Lütton-Kommunikation erklärt die Versammlung, daß Japan den Völkerbundpakt, den Kellogg-Pakt und den Neunmächtevertrag von Washington gebrochen hat.
2. Die Versammlung fordert Zurückziehung der japanischen Truppen in die Eisenbahngasse und Aufhebung der sogenannten Mandchurien-Regierung.
3. Keine Anerkennung der Mandchurien-Regierung.
4. Der Völkerbund regelt die Streitigkeiten bis zu einem bestimmten Termin.

Der japanische Vertreter behauptete, Japans Rechte seien verletzt worden und forderte die Anerkennung der japanischen Tatsachen. Der Völkerbund dürfe die Rechte Japans nicht einträchtig. — Beneš, Prag, trat für die ägyptischen Forderungen ein, ebenso Vertreter Irlands, Schwedens, Norwegens.

Plünderungen in Berlin

Berlin, 7. Dezember. (Fig. Funk.) In Berlin wurden am Dienstag abend wieder zahlreiche Kommunisten festgenommen, die an verbotenen Demonstrationen teilgenommen und Widerstand geleistet hatten, als die Polizei gegen sie einschritt. Die Demonstrationen gingen planmäßig in allen Stadtteilen vor sich. In der Schönhauser Allee nahm die Menge gegen die Polizeibeamten eine so bedrohliche Haltung ein, daß die Beamten mehrere Schüsse abgaben. Verletzt wurde nach den bisherigen Feststellungen niemand. Später drangen in der Sandberger Allee etwa 50 Teilnehmer einer kommunistischen Demonstration in eine Großschlachterei ein und erschlugen die Fleischhaken. Die Menge plünderte, was sie erschließen konnte. Als der Ladeninhaber den Flüchtenden nachstellte, wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben, die jedoch fehlgingen. Der Führer der Plünderer wurde von einem Ueberfallkommando festgenommen.

Im Berliner Südosten drangen kommunistische Demonstranten ebenfalls in ein Lebensmittelgeschäft ein und raubten etwa 100 Pfund Wurst. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Ueberfall. Aus Schleswig wird uns gemeldet: Im Kriehof an eine öffentliche Sprechstunde der Arbeiterwohlfahrt in Sieneshurg, zu der sich etwa 150 ländliche Arbeiterinnen und Arbeiter eingefunden hatten, überfiel eine Naziband die sozialdemokratischen Parteiführer. Die sozialdemokratischen Parteiführer wurden schwer verwundet. Die Totschläger konnten festgesetzt werden.

U.S.W. fordert Schuldenzahlung! Im Kongress in Washington wurde am Dienstag die Jahresberichtschaft des Präsidenten Hoover verlesen. Hoover lehnt eine Stundung der internationalen Schulden ab. Vertrauen und Freundschaft können nur erhalten werden, wenn man Verträge getreulich erfüllt, bis sie durch ein gegenseitiges Abkommen geändert wurden.

Die S.M.J. wächst

Die Reichskonferenz in Bernau

SPD. Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend hielt Anfang Dezember in der Bundeshalle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau bei Berlin seine Reichsaus-schuss-Sitzung und Bezirksleiterauswahl unter starker Beteiligung ab. Ueber die politische Lage und die Aufgaben des Verbandes sprach der Verbandsvorsitzende Erich Ollenbauer. Die politischen Auseinandersetzungen dieses Jahres haben die Jugendarbeit stark beeinflusst; die Wahlkämpfe nahmen oft die ganze Kraft der Jugendgruppen in Anspruch. Die Fürsorge für die erwerbslose Jugend, besonders im freiwilligen Arbeitsdienst, forderte starken Einsatz. Die Jugend-erziehungsarbeit kam dabei oftmals zu kurz.

Trotzdem hat sich der Verband nicht nur gehalten. Er hat sogar Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzunahme seit Anfang dieses Jahres beträgt rund 4000! Die Zeitchriften und Einrichtungen des Verbandes konnten im vollen Umfang erhalten bleiben. Große Belege und materielle Erfolge brachten die Wettbewerbe, die von mehreren Bezirken im Herbst durchgeführt wurden. Zum Beweis ein paar Zahlen: von der Reichsbühnen-schicht „Arbeiterjugend“ konnten 28.470 Exemplare über die normale Auflage hinaus umgesetzt werden. 189.150 Kampffonds-marken, 58.500 Werbeplakate und 8150 Broschüren und Schriften wurden vertrieben und einige tausend Mitglieder gewonnen.

Die Gründung des Sozialen Dienstes zum einheitlichen Einsatz aller Arbeiterorganisationen für die erwerbslose Jugend ist von der Sozialistischen Arbeiterjugend lebhaft begrüßt und kräftig gefördert worden. Der Soziale Dienst hat in seiner kurzen Tätigkeit manche Not gelindert und ist einer der wichtigsten Erfolge in der Zusammenarbeit der sozialistischen Jugendverbände auf sozialem Gebiet. Ein gleicher Erfolg auf politischem Gebiet ist die Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft Junge Front innerhalb der Eisenfront. Die Pläne des Reichsreferatoriums für Jugendberühmung wurden aus politischen und pädagogischen Gründen abgelehnt.

Die nächsten Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterjugend bestehen in einer klaren politischen Erziehung der Jugend für den demokratischen Sozialismus. Eindeutige Abgrenzung gegen die Kommunisten ist notwendig. Weil dem in letzter Zeit überall entgegen wurde, ist die Sozialistische Arbeiterjugend trotz allen bolschewistischen Anstrengungen völlig immun geblieben gegen die kommunistische Plünderung. Der Kulturreaktion steht die Sozialistische Arbeiterjugend kulturelles Wollen und Handeln entgegen. In enger Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Organisationen will die Sozialistische Arbeiterjugend nach bestem Können mitwirken an der Ueberwindung der gegenwärtigen Not durch die sozialistische Aktion. Ueber die finanzielle Situation des Verbandes berichtet der Verbandstafelrevisor Ohlig, über die sozialistische Schülerarbeit Bitt.

Nach einer sehr lebhaften Aussprache über die Berichte wurde die Stellung des Hauptvorstandes zum Reichsaus-schuss der deutschen Jugendverbände mit großer Mehrheit gebilligt. Allgemein

abgelehnt wurde die Bildung des Vortrupps durch das Reichsbanner. Einmütig abgelehnt wurde das geplante studentische Wehrjahr, weil es keine gründliche Hochschulreform bringen kann, so wie im sozialdemokratischen Schulprogramm gefordert wird.

Ein umfassender und reichhaltiger Arbeitsplan für das kommende Jahr wurde angenommen. Unter der Losung „Vorwärts im Kampf für den Sozialismus“ soll durch zentrale Aufgabenteilung die Werbung, politische und geistige Erziehung, Bildungs- und Kulturarbeit vereinheitlicht und den gesellschaftlichen Verhältnissen wie der gegenwärtigen geistigen Dichtung der Jugend angepaßt werden. Den Auftakt bilden 24 Führerschulungs-kurse, die in Verbindung mit den Bezirkskonferenzen am Anfang des Jahres abgehalten werden.

Die nächste Reichskonferenz findet Ostern in Dresden statt.

Ein Reichswettbewerb soll im April und Mai durchgeführt werden. Für Pfingsten sind Bezirks- und Landesjugendtage vorgesehen. Ein Reichszeltlager soll Anfang August in Thüringen abgehalten werden. Dann finden wie alljährlich der Reichsspiel- und -sporttag am ersten Sonntag im September und der Internationale Jugendtag am ersten Sonntag im Oktober mit anschließender Herbstwerbewoche statt. Unter großem Beifall wurde von dem Beschluß des Prager Internationalen Jugendkongresses Kenntnis genommen, daß 8. Internationale Jugendtreffen im Sommer 1934 in Gomburg stattfinden soll.

Im Mittelpunkt der Bezirksleiterauswahl stand das Thema „Sozialistische Jugendarbeit in der Krise der Gegenwart“. Das einleitende Referat hielt Erich Ollenbauer. Er zeichnete ein eindrucksvolles Bild von der sozialen und geistigen Not der Jugend von heute und zeigte auf, wie die sozialistische Jugendarbeit entsprechend der Lage der Jugend wirkungsvoll gestaltet werden kann. Ueber Erfahrungen im freiwilligen Arbeitsdienst sprach der Geschäftsführer des Sozialen Dienstes, Dr. Paßl. In der Aussprache wurde scharfe Kritik an Uebelständen des Arbeitsdienstes geübt, jedoch wurde die Teilnahme der Sozialistischen Arbeiterjugend auch weiterhin aus sozialen und pädagogischen Gründen für notwendig gehalten.

Die Verhandlungen der fünf Großmächte über die Abrüstungs- und Gleichberechtigungfrage in Genf haben am Dienstag ebenfalls zu keinem Ergebnis geführt. Sie werden am Mittwoch ohne Herriot und MacDonald fortgesetzt. Herriot will am Freitag oder Sonnabend wieder nach Genf zurückkehren. MacDonald, der am Dienstag ebenfalls nach Paris gereist ist, beabsichtigt am Freitag nach Genf zurückzukehren. Reichsaußenminister von Neurath bleibt wahrscheinlich bis zum Abschluß der Verhandlungen in Genf.

In England ist die Zahl der Arbeitslosen im letzten Monat um 58.000 auf 2.799.908 gestiegen. Seit dem Parlamentswahljahr, die „nationale Regierung“ vor einem Jahre aus Amt brachte, ist die Arbeitslosigkeit um 184.091 gestiegen. Der Beschäftigungsrückgang des letzten Monats ist zum Teil saisonmäßiger Natur, umfaßt aber auch die Fobritation von Elektrizitätsgeräten und der Zuleindustrie.

Warnung aus dem Jenseits



Primo de Rivera: „Denken Sie immer daran, General Schleicher, darauf läßt man sich nie Damer nicht!“

Explosionsunglück bei J.G. Farben

Bisher 8 bis 9 Tote

wb. Rathenow, 7. Dezember. Bei Bauarbeiten im Brennkesselwerk der J.G. Farben, die von einer Rathenower Baufirma ausgeführt werden, ereignete sich heute vormittag, kurz nach 9 Uhr, ein schweres Explosionsunglück. Beim Schweißen explodierte eine Wasserflasche, und zertrümmerte eine Gruppe von 8 bis 9 Arbeitern vollkommen. Einige der Verunglückten wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, so daß bisher noch nicht festgestellt werden konnte, um wen es sich bei den Toten handelt. Der größte Teil der Arbeiter — darunter zwei Lehrlinge — stammt aus Rathenow. Die Unfallkatastrophe macht den Eindruck schwerster Verwüstung. Dächer und Fensterscheiben in weitem Umkreis sind demoliert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter den Trümmern noch weitere Verunglückte liegen. Die Zahl der Verletzten reißt zur Zeit noch nicht fest.

wb. Berlin, 7. Dezember. In dem gemeldeten Unglücksfall in Rathenow teilte die J.G. Farben mit: In der Kunstseidenfabrik Brennkesselwerk der J.G. Farben-Industrie-A.G. ereignete sich am 7. Dezember bei Reparaturarbeiten heute vormittag aus noch nicht angegebener Ursache ein Unglücksfall. Hierbei wurden sieben Tote geborgen; wahrscheinlich ist noch ein weiteres Menschen-

leben zu beklagen. Außerdem wurde noch eine Anzahl von Verletzten verletzt. Dem Vernehmen nach soll es sich jedoch, soweit dies bisher übersehen läßt, um leichtere Verletzungen handeln.

Eine Fähre löst sich von Morkar gesunken

11 Tote

wb. Belgrad, 7. Dezember. Auf der Neretwa ist heute eine Fähre, die den Verkehr zwischen der Eisenbahnstation Wana, südlich von Morkar, und der am anderen Ufer des Flusses gelegenen Wana vermittelte, gesunken. 11 Passagiere ertranken, nur einer konnte sich retten.

Mit Mann und Maus untergegangen

St. Johns (Neufundland), 7. Dezember. Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Kanadier Schlopper „Sandbeach“, der in Höhe von Labrador am Strand des englischen Kreuzers „Mole“ arbeitete, am Freitag abend bei einem heftigen Sturm gesunken. Man befürchtet, daß die 10 Mann starke Besatzung ums Leben gekommen ist. Zwei Leichen sind bereits dargen worden.

Beamtenrechte und Arbeiterlos

Miebereinstimmung entlassener Beamter bei der Dresdner Straßenbahn - eine Fehlmassnahme der Direktion

Die Wirtschaftskrise geht auch an den Verkehrsbetrieben über. Es ist im Gegenteil sogar festzustellen, daß die Entlassungen in der Industrie sich sofort in einem starken Rückgang des Verkehrs zeigen. Das gilt besonders für die Straßenbahn. Aus diesem Grunde waren Direktion und Betriebsrat in der nächsten Zeit wiederholt vor die Frage von Entlassungen des Fahrpersonals gestellt. Das hatte wiederum zweifelhafte Folgen.

Das nichtbeamtete Tarifpersonal begegnete zunächst Entlassungen gemeinsam mit dem technischen Personal dadurch, daß die Arbeitszeit auf 44 Stunden (vorher 48) gekürzt wurde. Außerdem wurde die Betriebsvertretung die Forderung, um Entlassungen in großem Umfang zu vermeiden, neben den über 60 Jahre alten Arbeitern, die in den Ruhestand versetzt wurden, auch die über 40 Jahre alten Beamten vorgezogen in den Ruhestand zu versetzen. Es wurden davon 181 Beamte betroffen, die 80 Prozent Wartegeld (monatlich etwa 100 bis 120 Mark) erhielten. Das war also eine Regelung, die einem Beamten entsprach, als ob die betreffenden Beamten bis zu ihrem 65. Lebensjahr Dienst getan hätten. Zweifellos ist für die betroffenen Beamten damit zunächst einmal eine gewisse Härte verbunden gewesen, aber im Hinblick darauf, daß im anderen Falle etwa die gleiche Anzahl Arbeiter und Tarifangestellte hätten entlassen werden müssen, erschien diese Lösung doch im Interesse aller Beteiligten gangbar. Den Beamten wurde dadurch ein einigermaßen logisches Auskommen gesichert, während im anderen Falle die Arbeiter auf Erwerbslosunterstützung, später sogar auf die Arbeitslosenversicherung angewiesen gewesen wären.

Die Direktion hätte feinerzeit mit den Beamten verhandelt, aber außer acht gelassen, in rechtlicher Beziehung alle Sicherheiten zu treffen. Im Gegensatz zu den Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken (Drewoag), die aus denselben Gründen eine gleiche Regelung trafen, stellte sich jetzt heraus, daß die Maßnahmen der Straßenbahn zu Schwierigkeiten führt, die außerordentliche Erregung im Personal schaffen. Bei der Drewoag wurde mit dem einzelnen Beamten verhandelt und ein freiwilliges Anerkenntnis seiner vorgezogenen Entlassung erzielt. Bei der Straßenbahn wurde diese Maßnahme für jeden einzelnen Beamten veräußert, es wurde nur kollektiv verhandelt.

In der Folgezeit zeigte sich nun, daß der Sächsische Gewerkschaftsbund, die Interessensvertretung der Beamten, aus beamtenrechtlichen Gründen gegen die Maßnahme der Straßenbahn ankämpfte. Wie sich heute zeigt, mit Erfolg. Der Sächsische Gewerkschaftsbund hat Verhandlungen mit der Betriebschaft des nichtbeamteten Personals abgelehnt, so daß eine Verständigung nicht erzielt werden konnte. Nunmehr sind bei der Dresdner Straßenbahn AG. 21 der bereits entlassenen Beamten untereinengeschaltet worden. Sie erhalten das durch ihre vorgezogene Entlassung entgangene Gehalt für diese Wartegeld nachgezahlt. Das hat Beträge von über 20 000 M. In einzelnen Fällen bis zu 40 M. Dabei sind Fälle zu verzeichnen, in denen die Nachzahlung an Beamte geschieht, die bereits in wenigen Monaten die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht haben und dann ohnehin in den regulären Ruhestand gehen.

Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen im Personal der Dresdner Straßenbahn große Unruhe eingekehrt ist, zumal das Tarifpersonal und die Arbeiterschaft heute bereits in ihren Verdiensten bis zur Unertüchlichkeit geschmälert wurden. Erneut taucht jetzt das Gespenst von Entlassungen auf. Arbeiter gingen feinerzeit aus solidarischen Gründen vorzeitig in den Ruhestand. Obwohl in verschiedenen Fällen bei ihnen eine 25jährige Zugehörigkeit zum Betrieb in der nächsten Zeit vorlag, ist ihnen von der Straßenbahn feinerzeit die übliche Dienstprämie von 100 Mark nicht gezahlt worden. Man glaube das wegen der schlechten Finanzverhältnisse nicht verantwortlich zu können. Im Gegensatz dazu zahlte die Drewoag die Dienstprämien. Heute muß nun an Beamten die Summe von mehr als 20 000 Mark gezahlt werden, obwohl die Straßenbahn gegenwärtig mit Defizit arbeitet.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß die Direktion der Straßenbahn sich Mühe gegeben hat, die Regelung der vorgezogenen Versetzung in den Ruhestand zur Zufriedenheit aller herbeizuführen. Aber es muß doch außerordentlich verwundern, daß nämlich die Direktion in diesem Falle vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung zurückgeschreckt ist. In Streitigkeiten, die zwischen Betriebsvertretung des Arbeiterpersonals und der Direktion auftreten, weiß die Direktion immer sehr schnell auf die Anrufung der Gerichte hin.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in normalen Zeiten vorgezogene Inanspruchnahme von Beamten nicht erwünscht ist. Wie wären bestimmt sofort dagegen. Aber die außerordentlichen Notverhältnisse unseres Volkes zwingen eben auch zu außerordentlichen Maßnahmen. Wenn Arbeiter aus Solidarität zugestimmt, wenn die älteren Arbeiter vorgezogen in den Ruhestand gehen, dann muß auch von den Beamten verlangt werden, daß sie auf gewisse Vorteile verzichten. Was sich hier bei der Straßenbahn abspielt, wird weit und breit kein Verständnis finden. Das gilt für das Verhalten der Direktion ebenso wie für das Verhalten der beteiligten Beamten und vor allem für den Sächsischen Gewerkschaftsbund.

Hunderttausend Fürsorgeempfänger in Dresden leiden mit ihren Familien bitterste Not, in die die Stadt 6000 Mark an Unterstützungsmitteln aufbringen, jeder sechste Einwohner wird öffentlich durch die Gemeinde unterstützt; nehmen wir die anderen sozialen Einrichtungen hinzu, dann trifft das auf jeden vierten Einwohner in Dresden. Und in dieser Zeit entschließen sich nun werden hier beträchtliche Manipulationen unternommen. Das mag verstehen, wer will. Wenn in dieser Situation sich die ganze Empörung der Bevölkerung gegen die Beteiligten richtet, dann mögen sie die Schuld bei sich selbst suchen.

Es ist ein trauriger Zustand der gegenwärtigen Gesetzgebung, daß die Oberbehörden in jeder Beziehung in die Haushaltpolizei der Gemeinden einreifen. So werden Fürsorgefälle gekürzt, da werden die Summen für Kulturaufgaben gestrichen, da wird den Armen der Armen sozusagen auf Befehl von oben der letzte Bissen vom Teller genommen. Aber in Fällen der vorliegenden Art findet sich keine Kreisbauernschaft, findet sich kein Ministerium, findet sich kein Gericht, das diese unmöglichen und untragbaren Zustände verhindert.

Schulungskursus der Arbeiterwohlfahrt

Am 3. und 4. Dezember hielt der Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Dresden, einen Wochenkursus zur Weiterbildung seiner Helferschaft ab. Als Referentin war die Genossin Kempe vom Hauptausschuß in Berlin genommen worden. Sie sprach am 1. Abend vor den zahlreich erschienenen Helfern über den gegenwärtigen Stand der Arbeiterwohlfahrt und die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt.

Genossin Kempe streifte kurz die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Wohlfahrtspflege, die in dieser Krisenzeit besonders wichtig werden; die immer härter werdende Bedürftigkeit der arbeitenden Bevölkerung, aber auch das wirtschaftliche Absinken der noch in Arbeit stehenden Arbeiterwohlfahrt und damit parallel gehend geringeres Steuerertrahmen und weniger Mittel zur Durchführung der nötigen Fürsorgemaßnahmen. Die Notverordnungen der Regierungen brachten keine Lösung des Arbeitsbeschaffungsproblems, sie erreichten nicht einmal das nächste Ziel, die Bekämpfung der Defizite. Die Hemmnisse der Fürsorgeunterstützungsmaßnahmen durch die finanzielle Not vieler Gemeinden gehen über die Grenzen des Humanitären für die Hilfsbedürftigen und hat zur hohen Kulturstand der deutschen Arbeiterwohlfahrt allein hat noch verhindert, daß schwerste Verwahrlosung und Verumpfung nicht schon längst ausgebrochen sind. Die letzten Referenten der Fakultät sind verstanden. Wirtschaftlich und besonders auch biologisch gehen wir in Deutschland von der Substanz — das Schwerkere, was ein Volk ertragen kann, denn es bedeutet Gefährdung seines Existenzgrundes, also Untergrabung einer Vormärzentwicklung seiner Zukunft.

Angeht es all dieser wirtschaftlichen, körperlichen und geistlichen Not hat sich die grundsätzliche Einstellung der Arbeiterwohlfahrt zur Wohlfahrtspflege nicht verändert. Ihre Aufgaben, Beratung und Ergänzung der Wohlfahrtspflege, die allein Aufbruch zur öffentlichen Hand ist und bleiben muß, haben sich bei dem gewaltigen Ausmaß der Not vergrößert. Die Not erfordert die Mittel und der Inanspruchnahme der öffentlichen Hand, genügend Hilfsmittel zu beschaffen, stark erweitert. Ihr Kampf gegen Notleid und Vernichtung sozialer Einrichtungen ist härter denn je und die gute Schulung ihrer ehrenamtlichen und berufsmäßigen Helfer zur Durchhaltung dieses Kampfes und zur Verwirklichung anderer Bestrebungen dringenber als je.

Es ist möglich, die Frage wieder zu erörtern, die im vorigen Jahrzehnt bei der Schaffung der Sozialversicherung diskutiert worden ist, und die auch jetzt wieder öfter laut wird: Ist es sozialistisch, sich für sozialpolitische Maßnahmen einzusetzen? Die Not unserer erwerbslosen Klassenangehörigen ist so groß, die Arbeiterwohlfahrt muß einbringen und helfen. Es ist sehr zu begreifen, daß die Arbeiterwohlfahrt bei dieser bisher schwersten Krisenzeit ohne Sozialversicherung und nachrevolutionär geschaffener Wohlfahrtsorganisation heute überhaupt noch aktivitätsfähig wäre!

Die Referentin besprach dann ausführlich die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt, die am dringlichsten zu lösen sind:

Unterstützung der Selbsthilfemaßnahmen der Erwerbslosen (Gemeinschaftskassen, Werkstätten, Heimgemeinschaften). In vielen Städten beginnen die Erwerbslosen sich in Vereinen zusammenzuschließen. Sie organisieren eine Bewegung, die ihnen durch ertägliche Gestaltung des Lebens, durch Selbstunterstützung und eigenes Schaffen den Rest einer gesunden Lebenskraft über die Zeit der Krise hinweg erhalten helfen soll. Es ist eine geistige Bewegung, die entscheidend für die Gegenwart

und die Zukunft des Staates werden kann, und die zu fördern unsere Aufgabe als Mensch und Klassenangehörige ist.

Die Hilfe für unsere politischen Gefangenen und Verdammten bedarf großer Geldmittel, sie bedarf aber ebenso sehr solidarischen Verhaltens und einer ausgebreiteten Nachbarschaftshilfe.

Neben diesen neuen Gebieten bleiben die alten Aufgaben: Nähstubenunterhaltung, Winterhilfe, Speisung, Beratung usw. Wo die finanziellen Mittel immer schwerer zu beschaffen sind, stellen sich die fochgemäße Beratung und persönliche Hilfe immer mehr in den Vordergrund.

Die jugendpflegerischen Maßnahmen der Arbeiterwohlfahrt wurden am zweiten Kurstagen sehr eingehend und kritisch betrachtet. Die Genossin Kempe warnte davor, der Jugend zu verfallen, als gebe es außer dem freiwilligen Arbeitsdienst (F.A.D.) keine Hilfsmöglichkeiten für die jugendlichen Erwerbslosen mehr. Sie erinnerte an Berufsschulungs-, Berufsumschulungs- und bildende Kurse und Freizeiten der Arbeiterwohlfahrt und Jugendorganisationen, die durch den freiwilligen Arbeitsdienst überbrückt werden in den Hintergrund getreten sind, aber durchaus ebenso wertvoll zur Linderung jugendlicher Not bleiben.

Früher waren wir Gegner jedes F.A.D.s — heute, wo er gefällig eingeführt worden ist, befürworten wir ihn nicht, wir haben aber zu ihm positive Stellung zu nehmen, wenn wir verhindern wollen, daß Jugendliche ausgenutzt, verbeut und irregeleitet werden. Und das geschieht, wenn wir den F.A.D. ausschließlich den Kreisen überlassen, die ihn gemüßigt und durchgeführt haben und ihn zu ganz anderen Zwecken mißbrauchen möchten als zu einer Hilfe für die Jugend. Die Not der Jugend ist Wandel in der Beschäftigung, an wirtschaftlicher und auch seelischer Selbstständigkeit. Die von Herrn Papen feinerzeit gewünschte finanzielle „Hilfsgemeinschaft der Familie“ zeigt von wenig Verständnis für die tiefsten Schäden, die Arbeitslosigkeit und Not verursachen müssen. Wie soll eine Jugend, die seit Kriegsbeginn an körperlicher und seelischer Unterernährung dauernd zu leiden hat, für die schweren Aufgaben gewappnet sein, die Politik und Kultur in Zukunft noch zu lösen aufgeben werden? Alle Hilfsmittel, die geeignet erscheinen, die Gefährdung der Jugend einzufrieren und zu mildern, werden von uns beachtet werden müssen. Es wird die Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt, Sozialer Dienst — Hilfswort der Arbeiterwohlfahrt für die erwerbslose Jugend — zusammenzuschließen Arbeiterbewegung sein, reaktionäre Maßnahmen für die jugendlichen Erwerbslosen rechtzeitig zu verhindern. Alle Maßnahmen zur Linderung der Not und zur Förderung einer gesunden Entwicklung unserer Jugend müssen in jeder Beziehung gut überdacht und vorbildlich sein.

Durch eine lebhaft diskutierte wichtiger Eingefragten dankte die Dresdner Helferschaft der Referentin für die außerordentlich wertvollen Anregungen der Gen. Kempe. Bei der Durchführung der immer schwerer werdenden wohlfahrtspflegerischen Hilfsmöglichkeiten wird der Gewinn dieser gründlichen Schulung erst voll wirken können.

Arbeiterwohlfahrt Dresden. Da der freiwillige Arbeitsdienst für fortbildungskursus Mädchen bis 25 Jahre im Kinderheim Großschloß erweitert wurde, können noch Meldungen bis Sonnabend, den 11. Dezember, berücksichtigt werden. Meldungen werden in der Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt, Wilmstraße 50, entgegengenommen.

Dresdner Chronik

Gutbe nach dem St. Mann Henrich

Die Talsperrre zu Walter von einem Taucher abgefocht

Der Nationalsozialist Herbert Henrich, Dresden, wird nunmehr seit 4. November vermisst, ohne daß bisher eine Spur festgestellt wurde. Auch die sächsischen Nationalsozialisten Schenk, Wöckel und Frankel, die unter hartem Verdacht stehen, an Henrich einen Mord begangen zu haben, sind noch immer vermisst. Aus den Verhandlungen im Landtag, über die in der Presse ausführlich berichtet wurde, und aus der Darstellung des Dresdner Polizeipräsidenten sind inzwischen einige Intelligenzproben gewisser Polizeibeamter in dieser Angelegenheit bekannt geworden. Nach soundso viel verpackten Seligkeiten, der Täter habehaft zu werden, ist am Montag vor acht Tagen durch Dresdner Kriminalbeamte und eine Bereitschaft Dresdner Schusspolizei die Dippoldiswalder Heide abgestreift worden. Es wird angenommen, daß Henrich von seinen nationalsozialistischen Freunden auf dem Motorrad in die Gegend von Dippoldiswalde verschleppt worden ist, dort ermordet wurde und die Leiche mit Steinen beschwert in der Talsperrre vergraben worden ist.

Am Dienstag wurde die Talsperrre in Walter durch den Taucher Reumann aus Dresden-Radly und mit dem Motorboot „Nabine“ abgefocht. An der Sperrmauer ist zur Zeit ein Wasserstand von etwa 23 Meter. Die Suche nach dem vermissten St.-Mann Henrich war auch diesmal erfolglos.

Nikolaus in der „Offenen Tür“

Der Kindergarten „Offene Tür“ an der Ringstraße, auf den wir schon mehrfach hinwiesen, entwickelt sich erfreulich. Etwas fleißig Kinder am Vormittag, zweihundert Kinder und mehr am Nachmittag werden täglich von den Tanten, Kindergärtnerinnen des freiwilligen Arbeitsdienstes, betreut, von der Straße weggezogen und einer vermöglichen Spielgemeinschaft eingegliedert. Die jungen Helfer und Helferinnen des „Jugenddienstes“ sind im Kusdenten neuer Spiele unermüdet, versehen es ausgezeichnet, ein Stück Märchenfreude und Gestaltungsart ins Leben der Kinder zu tragen, die zu Hause im Eltern der eitelsten Arbeitslosigkeit oft vor der Zeit das sorglose Träumen und Spielen verlieren.

Gestern wurde in der „Offenen Tür“ der Nikolaustag mit Kerzensplund und Tannengrün gefeiert. An langen Tischen saßen die kleinen Schöpfung — fast dreihundert an der Zahl — Inhaberten Pfefferkuchen und Äpfel, sahen einem lustigen Schattenspiel an, das Gleichaltrige sorgfältig einstudiert hatten, hörten Kundharmonika- und Juchmusik, gleichfalls von Musikanten des Jugenddienstes gespielt, empfingen den Nikolausbesuch mit Backen und Freude.

Eine kleine Ausstellung von Kinderarbeiten wurde eröffnet, deren Besuch wir sehr empfehlen. Was sich aus Kistenholz und Farbe alles herbeizubereiten läßt, ist wirklich erstaunlich. Die Burschen haben mit geschickten Händen allerlei Tiere und Weihnachtsgestalten gezeichnet, die billig zu erwerben sind. Der Erlös kommt natürlich der „Offenen Tür“ zugute. Hoffentlich findet die Ausstellung viele Freunde und Käufer.

Mit dem Fahrrad in den Tod

Das Gehefte 31 wohnhafte 22 Jahre alte Hausmädchen Linda Ella Große fuhr heute vormittag gegen 9 Uhr mit seinem Fahrrad die Leipziger Straße landwärts. Ungefähr in der Nähe der Steingutfirma Wierow u. Koch wollte das Mädchen eine in gleicher Richtung fahrende Zugmaschine, die einen mit Kohlen schwer beladenen Wagen der Firma Fischer, Lößtauer Straße 88, am überholen. Dabei kam es mit dem Fahrrad in die Schienen. Es kam in dem Augenblick zum Sturz, als es sich zwischen Maschine und Kohlenwagen befand, und zwar direkt vor dem Kohlenwagen, so daß ein Vorder- und ein Hinterrad desselben direkt über das Mädchen, und zwar über die Beckengegend, fuhr. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den sofort eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem St.-Pauli-Friedhof gebracht. Die Unfallkommission des Polizeipräsidenten unter Führung des Kriminalassistenten Benack nahm sofort die erforderlichen Erörterungen und photographischen Aufnahmen vor.

Nur dem Landtaggebäude bildete sich gestern nachmittag in der 2. Stunde ein Trupp, der sich unter lauten Rufen dem Landtaggebäude näherte. Die Polizei gestreute die Demonstranten und nahm eine Person fest.

1933 Richard-Wagner-Ausstellung in Dresden. Innerhalb der künstlerischen Veranstaltungen zum Gedächtnis des fünfzigsten Todestages Richard Wagners ist für die Monate Juni und Juli 1933 im Rhythmus des Neuen Rathauses eine Ausstellung „Richard Wagner in Dresden“ geplant, in der seine Dresdner Lebensjahre, seine Tätigkeit als Hofkapellmeister und der Entwicklungsgang seiner Kunst in Dresden zur Anschauung gebracht werden sollen. In Zusammenarbeit der staatlichen und städtischen Sammlungen, der Verwaltung der Staatstheater, des Hauptstaatsarchivs und der Landesbibliothek sollen alle Dokumente und Erinnerungen beigebracht werden, die in Dresden erreichbar sind. Ferner wird erstrebt, von auswärtigen Sammlungen und Archiven Bilder, Dokumente oder Erinnerungsgegenstände leihweise zu erhalten, die für Wagners Leben und Schaffen in Dresden von Wert sind. Es ist anzunehmen, daß sich manches interessante Stück aus Wagners Dresdner Zeit in diesem Privatbesitz befinden wird. Die Besitzer von Wagner-Erinnerungen werden höflich gebeten, der Direktion der städtischen Sammlungen (Neues Rathaus, Stadtmuseum) mitteilen zu wollen, ob sie bereit sind, ihre Schätze für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen.

Sparrasse Dresden. Bei der Sparrasse der Stadt Dresden wurden im November 1 910 000 M. eingezahlt und 1 508 000 M. zurückerstattet. Es ergab sich somit ein Einzahlungsüberschuß von 402 000 M.

† Brand in einem Hofraum. Gestern nachmittag entstand auf noch ungeklärte Weise in einem Hofraum eines Fabrikgebäudes auf der Brunner Straße 13 ein heftiges Schwel Feuer. Es verbrannten größeres Stücken von Baumaterial, Kisten, Regale usw. Mit einer Schlauchleitung wurde das Feuer bekämpft werden. Es entstand erheblicher Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt. Nach Löschen des Feuers räumte die Feuerweh den Brandherd aus.

Der Vorstand des Arbeiterwohlfahrt, Dresden, hat sich am 11. Dezember 1932 in einer Sitzung mit dem Vorstand der Arbeiterwohlfahrt, Leipzig, auseinandergesetzt. Die Sitzung wurde von 12 bis 1 Uhr im Hotel „Zur Post“ abgehalten.

Aus der Gesamtsitzung. Der geplante Neubau von drei Wohnhäusern auf dem Grundstück Gerolfstraße 15/17 hat die Freilegung abzutretender Straßensflächen zur Folge...

Falsche Gerichte. Am Montag nachmittag wurde auf der Annenstraße, am Eingang der Großen Zwingerstraße, ein kleiner Wohnwagen, der auf einem Gestell eines Handwagens aufgebaut war...

Schick bei Schlafmitteln. Einem auf der Crauchstraße wohnhaften 37 Jahre alten Feiseur, der unter Krampfkrämpfen, u. a. einem Kopf- und Lungenleiden, noch schwerer zu leiden hat...

Bei der Arbeit schwer verunglückt. Die Tiefbaufirma Hermann Viehöver in Dresden, Krausstraße 4, führt zur Zeit auf der Rinnsdorfer Landstraße am Abzweig Reichsstraße...

Die 3. Lotterieverlosung. Die 3. Lotterieverlosung für die Dome in Freiberg und Wursen wird laut ministerieller Genehmigung am 19. und 20. Dezember 1932 in Dresden gezogen.

Dresdner Umgebung

Cafébaude. Nach ortsgesetzlichen Bestimmungen über den Verkehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen sind die Haus- und Grundbesitzer verpflichtet, bei jedem Schneefall den Fußweg vom Schnee auszuräumen...

Wintersport in alter und neuer Zeit

Schlittschuhlaufen und Schlittensahren haben eine uralte Vergangenheit. Das erstere wurde in Dresden aber erst vor kaum einem Jahrhundert öffentlicher Brauch. Im Anfang war es ein Privileg des männlichen Geschlechts...

Im Jahre 1862 geschah etwas Unerwartetes. Professor W. erschien mit vier jungen schlanken Mädchen, die trugen nicht die üblichen Schleppländer, sondern mit kurzen fliegenden Röcken...

Die Benutzung der Eisbahnen betrug für ein Kind damals drei, für einen Erwachsenen sechs Pfennig. Eine gute, billige und gesundheitsfördernde Freude...

In vergangener Zeit waren auch die russischen Schlittschuhläufer sehr beliebt. Sie bestanden aus einem hohen Holzgerüst, das man durch eine Holzstange erreichte...

Niederstößig. Von einem Kraftwagen angefahren wurde in den Nachmittagsstunden des Montags vor dem Eingang des hiesigen Bürgerbahnhofs ein stößiger in Niederstößig wohnhafter Knecht...

Niederstößig. Am Freitag, 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Kreisamt Dresden (Vormittags) die Verpflanzung eines stößigen Kindes statt...

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Generalsekretariat: Wettinstraße 10. I. - Fernruf: 13367 u. 13476

- Sozialistische Studentenliga. Der für Mittwoch abend angelegte Vortrag in anstehendem Saal: 'Die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des Nationalsozialismus'...

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde

Donnerstag, den 8. Dezember, 20 Uhr, im Dresdner Volkshaus, Saal 1. Versammlung. Reichssekretär der Kinderfreunde, Genosse Hans Weinberger, Berlin, spricht über: Kulturreaktion! Wir schließen unsere Reihen!

- Gruppe Erlau. 1. Freitag, 7.30 Uhr, in der Werkschule. Gruppenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit...

- Gruppe Reichshaus. 1. Freitag, 8 Uhr, im Reichshaus. Gruppenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit...

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Bereins- und Versammlungs-Kalender. 8. Dezember, 18.30 Uhr, im Reichshaus, Saal 1. Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Freiwillige Gruppen

Freiwillige Gruppen. 4. Freitag, 8.30 Uhr, im Reichshaus, Saal 1. Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Kinderfreunde

Kinderfreunde. 10. Freitag, 8.30 Uhr, im Reichshaus, Saal 1. Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. 7. Freitag, 8.30 Uhr, im Reichshaus, Saal 1. Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Saufartell Republik

Saufartell Republik. 8. Freitag, 8.30 Uhr, im Reichshaus, Saal 1. Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Soz. Arbeiterjugend Gr.-Dresden

Soz. Arbeiterjugend Gr.-Dresden. 10. Freitag, 8.30 Uhr, im Reichshaus, Saal 1. Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Konsumgenossenschaft Berlin in der Krise

Die Konsumgenossenschaft Berlin, die ihrem Abschluß für das verfloffene Geschäftsjahr vorliegt, wurde durch die Krise und die Finanzkatastrophe vor besondern schweren Aufgaben gestellt. Die geradezu stürmische Steigerung der Mitgliederzahl...

Der Umsatz betrug für das abgelaufene Geschäftsjahr 1931/32 rund 57,2 Millionen Reichsmark gegenüber etwa 76 Millionen Reichsmark im Vorjahr...

In der vorliegenden Bilanz mußte dem Betriebsergebnis während des abgelaufenen Jahres Rechnung getragen werden. Die Bilanzsumme betragte sich um 62,5 Millionen Reichsmark im Vorjahr auf 47,7 Millionen Reichsmark...

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert Revision der Reichsverordnungen mit dem Ziel der Vereinfachung und Erleichterung der Arbeitsbeschaffung...

P. Opposition durchsetzen. Bei den Reichswahlen der Reichstagswahlen im Reichshaus, Saal 1. Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde...

Sachsen

Schwerer Prozess gegen Fahnenjunker Der festsame „Hauptbelastungszeuge“ - Nichts Nachteiliges gegen den Angeklagten

Leipzig, den 6. Dezember 1932.

Am zweiten Verhandlungstag in dem Hochverratsprozess gegen den Fahnenjunkerunteroffizier Karl Oberhardt von der Infanterieschule in Dresden begann mit dem Aufruf des Zeugen, Oberleutnant (Vorname), der am Vortage mit der Wohnung entlassen worden war, sich seine Aussagen genau zu überlegen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er heute seine Aussagen bekräftigen wolle, erwiderte der Zeuge, daß er sich nochmals alles genau überlegt habe und bei seiner Aussage bleibe. Der Vorsitzende ermahnte den Zeugen nochmals, sich seine phantastischen Erzählungen durch den Kopf gehen zu lassen.

Am Samstag des Zeugen Kreidelt erklärte, daß er ihn schon kenne, ohne daß Kreidelt auch nur einmal vom dem Zeugen den Namen Oberhardt hatte, erzählt habe, obwohl er viel schwärze. Nur einmal habe er gesagt, daß er jetzt den Detektiv spiele, und wenn er am Abend nicht wiederkomme, könne man ihn als Zeuge finden oder überhaupt nicht wiedersehen.

Auch ein anderer Kamerad des Kreidelt sagt aus, daß Kreidelt ein Wichtigster sei, der viel rede und sich oft in anderer Sprache einmische, die ihm nichts angehen.

Auch noch andere Zeugen sagen über den Zeugen Kreidelt das gleiche aus, während sie über den Angeklagten nichts Nachteiliges berichten können.

Am Nachmittag wurde dann die Verhandlung auf Mittwoch, 10 Uhr, vertagt.

Damit ist auch der zweite Verhandlungstag für die Reichsgerichtssache ausgefallen wie das Donnerstag Gedächtnis. Von allen Zeugen hat auch nicht einer Unangenehmes gegen den Angeklagten ausgesprochen. Bis eben auf den Kreidelt, mit dessen Aussagen die Angeklagten nicht einstimmen. Was bei diesem Prozess herauskommt, darauf kann man nur gespannt sein.

Wieder mehr Spartasseneinlagen

Vom höchsten Spartassenausschuss wird uns geschrieben: Ein erfreuliches Anzeichen der Rückkehr des Vertrauens ist die Sparvereinsentwicklung der den öffentlichen Sparassenen, die schon seit einiger Zeit Besserungsmerkmale zeigt. So übersteigt z. B. bei den höchsten Spartassenen seit August 1932 die Einzahlungen die Auszahlungen, und zwar betrug der Ueberschuß 91 Millionen Mark im August, 2,2 Millionen Mark im September, 6,7 Millionen Mark im Oktober. Eine beachtliche Steigerung haben die Einzahlungen im Oktober erfahren, während der Ueberschuß in den beiden Vormonaten durch Abnahme der Rückzahlungen entstanden ist. Einschließlich der Zinsen- und Aufwertungsüberschüssen sind die Einlagen bei den höchsten Spartassenen in den letzten drei Monaten um 16,8 Millionen Mark auf 713,0 Millionen Mark gestiegen. Diese Aufwärtsentwicklung im Sparwesen ist besonders erfreulich, weil sie zeigt, daß die vorübergehend härter in Erscheinung tretende Tendenz, das Geld zu hoheitern, überwunden ist.

Der Naziheld als Totschläger - aber milde Richter

Leipzig, 5. Dezember 1932.

Der Nationalsozialist Oswald Hoyer aus Büschena hatte sich am Montag wegen versuchten Totschlags vor dem Leipziger Schwurgericht zu verantworten.

Hoyer war bei der Firma Naumann in Leipzig als Hofarbeiter beschäftigt. Er war der einzige Nazi im ganzen Betriebe. Die Betriebsleitung beschimpfte und bedrohte er seine Mitarbeiter und erklärte, wenn Hitler an die Macht käme, würde mit allen SPD-Leuten gründlich aufgeräumt. Seine Mitarbeiter gaben sich wenig mit ihm ab, weil er sehr jähzornig und nachlässig war.

Besonderen Groll hatte er auf den Sozialdemokraten Heinke, der als Hofmeister bei der Firma Naumann beschäftigt war. Am 27. August kam er mit dem Genossen Heinke wieder zusammen. Nach einem kurzen Wortwechsel trat er an Heinke mit dem Rufe heran: „Du Lump schlägst mich jetzt tot.“ Mit einer gefüllten Bierflasche verprügelte er Heinke fünf Schläge auf den Kopf, so daß Heinke blutüberströmt und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Absicht des Nazihelden war, den „Marxisten“ Heinke zu ermorde.

Trotz der rucklosen und bestialischen Tat fand der Richter milde Richter. Er wurde nur wegen versuchten Totschlags zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Wäre es ein Kommunist oder Reichsbannermann gewesen, hätte ihn das Gericht viele Jahre ins Zuchthaus gesperrt. Nazimörder erhalten aber nur wenige Monate Gefängnis und verbleiben noch Bewährungsfrist.

Der NSD.-Nazimann

Rümmert euch um die Jugend!

D. Die weit die politische Verwirrung in der Arbeiterklasse dargebracht ist, zeigt überaus drastisch folgende Fälle: In der schönen Rheinpfalz kamen die Werber des Nationalsozialistischen Arbeiterverbandes in eine Arbeiterwohnung und fragten dort nach dem Sohn Fritz, der in einem Betrieb tätig, aber nicht im Nationalsozialistischen Arbeiterverband Mitglied ist. Nach während der Frage kam der Sohn aus einem Nebenzimmer in die Stube, angezogen mit einer Naziuniform. Auf die Frage der Funktionäre, ob er organisiert sei, sagte Fritz: „Ich bin organisiert.“ Die weitere Frage, wo und in welchem Verband, beantwortete die Mutter dieses Jungarbeiters mit der Feststellung: „Rein Sozialdemokrat.“ Auf diese Feststellung hin packte den Fritz die Scham, er drückte sich verlegen aus der Stube.

NSD.-Mitglied und Nazimann zugleich
Nach das gibt es also. Wahrscheinlich sagte sich der Jungarbeiter: Wenn NSD. und NSD. Kampfbünde miteinander bilden, warum soll ich dann nicht NSD.-Mann und Nazimann sein?

Die Arbeiterklasse muß aus dieser Verwirrung heraus. Die Gründe, warum der Verwirrungszustand des Kapitals, den Hitler unter laienhaftiger, wenn auch -vielleicht - unvollständiger Unterstützung der Kommunisten durchführte, so erfolgreich war, sind heute leicht zu erkennen. Die Republik war zu unzulänglich, und zu gut ist ein totaler Umsturz. In den bereits chronischen Unterdrückungsständen der Republik kam dann noch die Krise. Sie dringt uns, auf manchem Gebiet wieder von vorn anzufangen. Vor allem müssen wir bei der Jugend beginnen.

Rümmert euch um die Jugend! Das ist der Ruf, mit dem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich in diesen Tagen an die Arbeiterklasse wendet. Dieser Ruf darf so schnell nicht wieder verstummen.

Da gibt es z. B. einen Ausspruch, der immer wieder in Betrieben und auf Versammlungen zu hören ist. Er lautet:

„Schulung brauchen nicht organisiert zu sein.“

„Schulung“ bedeutet diesen Ausspruch manchmal, die Schulung und unorganisierte Arbeit für die Gewerkschaft.

Der Wettschel-Sumpf

Auch ein Jubiläum

Am Montag waren es genau sechs Monate, seit der Caro-Wettschel-Prozess in Berlin-Koabit begonnen hat. Wann er aufhört wird, ist durchaus unbestimmt. So redet der Wettschel-Anwalt, Justizrat Drucker aus Leipzig, der den Gegenanwälten „nur kurz“ antworten wollte, schon seit vier Tagen. Und wenn früher oder später in Berlin das Urteil gesprochen werden wird, dann ist die Affäre Caro-Wettschel noch lange nicht erledigt. Dann wird es erst recht einen Reizentzündung von Prozessen geben. Querschnitt dürfte ein Duzend Reizentzündung folgen. So hoch betanzelt „Seite“ und „Gegenseite“ die Zahl der Reize, die in diesem Prozess geleistet sein sollen.

Rohlenzählerstreit von 1927

Während der über 100 Sitzungstage in diesem Prozess hat die Öffentlichkeit so ziemlich vergessen, daß es bei dieser Rammut-Prozessaffäre am Anfang darum ging, ob der Städtische Braunkohle-Caro an den Braunkohlebetriebe Wettschel eine Rente von 400 000 M. gezahlt hat. Wegen dieser Rente ist Caro des Meineides verdächtigt worden. Aber die Anwälte Caro und auch der Staatsanwalt haben erklärt, daß man Wettschel aus dem Gerichtssaal heraus verbannt hätte, wenn er es nicht vorgezogen hätte, diesen Gerichtsfall überhaupt nicht zu betreten. Also, es geht in diesem Prozess schon hart auf hart.

Dabei sind recht interessante Dinge am Tagelicht gekommen. Die Öffentlichkeit wird sich mit diesem einem Fall später, in Verbindung mit anderen Affären, noch recht eingehend zu beschäftigen haben. Für heute greifen wir nur einige Beispiele über den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik von 1927 heraus, die unter Eid gemacht worden sind. Der Angeklagte Caro warf bei irgendeiner Gelegenheit dem Redenkläger Dr. Ernst Wettschel vor, er habe den Streik von 1927 als „feinen“ Streik bezeichnet. Jetzt markierte Dr. Ernst Wettschel, der Sohn des oben erwähnten Braunkohlebetriebs Wettschel auf. Er berief sich auf das Zeugnis eines Direktors Schmidt von der Sudertal-Braunkohle-Gesellschaft in Brüggeln (Bezirk Köln). Nach diesem Zeugnis hat Dr. Ernst Wettschel in der in Frage kommenden Zeit sich dahin geäußert: er beziehe nicht, weshalb man sich gegen die Lohnsenkung wehre; solange die Werke so verdienen, wie das der Fall ist, sollte man doch den Arbeitern einen anständigen Lohn geben.

Weshalb haben die Wettschels und ihre Macher in der obelischen und mitteldeutschen Braunkohle, die mit den Wettschels verknüpft sind, es dann überhaupt zu diesem unangenehmen Streit von 1927 kommen lassen? Eine wirtschaftliche Notwendigkeit dafür lag, wie Dr. Ernst Wettschel ja vor Gericht festgehalten hat, nicht vor. Aber die Wettschels sind damals, während des Rohlenstreiks von 1927, ja noch weitergegangen. Sie haben bei den Forderungen der Rohlenwirtschaft und im Reichswirtschaftsministerium nachgewiesen, daß sie eine Lohnsenkung nicht tragen könnten, haben eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise gefordert und diese Preiserhöhung, weit höher als die Lohnsenkung, auch durchgesetzt.

Also ist u. a. der Reichswirtschaftsminister damals regelrecht belogen worden. Die dem Minister vorgelegten Statistiken dürften auf keinen Fall gestimmt haben. Oder ist es richtig, daß bei den Wettschelschen Rohlenunternehmungen drei Wäcker gefälscht wurden: das eine für das Reichswirtschaftsministerium, das andere für den Steuerfiskus und das dritte für Ignaz Wettschel?

Im übrigen wäre es angebracht, wenn man die Wettschels noch nachträglich für die wirtschaftlichen Verluste, die der Streik von 1927 verursacht hat, haftbar macht. Unter diese Entschädigungen müßten unserer Ansicht nach auch die Verdiensterluste der Streikenden und die von den Gewerkschaften geleisteten Streikunterstützungen fallen. Denn der Streik war provoziert, unnötig, den Arbeitern aufgebunden.

Hilfenhonore

Daß beide Parteien, sowohl Caro als auch Wettschel, es dazu haben, Rammutprozesse zu führen, beweisen die Honorare, die in diesem Prozess gezahlt werden sollen. Der Kostendruck der Industrie, über den wir soviel gehört haben und soviel hören, erhält hier eine eigenartige Illustration.

Der Hauptanwalt Wettschels, Justizrat Dr. Drucker, soll allein 400 000 M. bekommen, also genau so viel wie die kritische Rente, die Wettschel an Caro zu zahlen hat. Man sagt Drucker auch noch, daß er seinen Willens sei, sich nach diesem Prozess zur Ruhe zu setzen. Die Entschädigung an Drucker soll so geringfügig sein, daß er für jeden Gerichtstag 4 000 M. erhält. Wenn es also nach Drucker geht, der sich gegenwärtig vor dem Berliner Gericht als Dauerredner produziert, kann der Prozess Caro-Wettschel noch recht lange anhalten. Die beiden Kollegen Drucker, Davidsohn und Rath, erhalten nicht ganz soviel wie der Leipziger. Aber es wird behauptet, daß sie, wenn der Prozess zu Ende ist, um 200 000 bzw. um 100 000 M. reicher sein werden. Die Anwälte Caro, vor allem Alsbach und Big, beide berühmte Vertreter, werden es jedenfalls nicht billiger machen.

Nikolaus im Gerichtssaal

Im Berliner Caro-Wettschel-Prozess ließ Professor Dr. Max Alsbach vor Beginn der Dienstag-Sitzung seinen Begnern, Justizrat Drucker und Rechtsanwalt Roth, je ein Geschenkpäckchen mit satirischen Gedichten, hölzernen Klapperschlangen und kleinen Ziegenböden als Angebinde zum St. Nikolausfest überreichen. Dieser Tag spielt im Caro-Wettschel-Prozess eine bedeutende Rolle als das Datum, an dem die umstrittene Mißgratung ausgestellt wurde. Geheimrat Caro hat nämlich darauf hingewiesen, daß das Datum fest in sein Gedächtnis eingepreßt sei.

Im übrigen wurde weiter plädiert. Der bereits sechs Monate währende Prozess dürfte voraussichtlich in diesem Jahre nicht mehr zu Ende gehen.

Gewerkschaftliches Englische Arbeitslosigkeit wächst

Die Besserung auf dem englischen Arbeitsmarkt, die sich im Oktober erstmals in diesem Jahr bemerkte, ist nur vorübergehend gewesen. Nach dem jetzt veröffentlichten Ausweis des englischen Arbeitsministeriums liegt die Zahl der Erwerbslosen im November um 52 800 auf insgesamt 2 789 808 Personen.

Die Enttäuschungen, die England mit der Pfundwertung durchzumachen hat, kommen am drastischsten auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck. Die jetzige Arbeitslosigkeit liegt allein nach den offiziellen Zahlen, die in England ebenso ungenügend sind wie in Deutschland, schon um fast 200 000 Personen höher als im November vorigen Jahres. Berücksichtigt man aber, daß durch die verschärften Forderungen über Arbeitslosenversicherung seit dem Herbst 1931 etwa 500 000 Arbeitslose ausgerechnet wurden und bei den Arbeitsämtern „verschunden“ sind, so muß bei vorsichtiger Schätzung die augenblickliche Arbeitslosigkeit auf etwa 3,3 Millionen Menschen geschätzt werden. Bei der weitaus geringeren Bevölkerungszahl Englands entspricht diese Erwerbslosigkeit etwa knapp 6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland.

Berkehrsstreit vor dem Arbeitsgericht

P. Die Berkehrskammer des Berliner Arbeitsgerichts berurteilte am Dienstag die Berliner Berkehrsgesellschaft, den Straßenbahnführer Weisshaupt, der im Zusammenhang mit dem Streik striflos entlassen worden war, wieder einzustellen oder ihm eine Entschädigung von 450 M. zu zahlen. Das Urteil stützt sich auf die eintägige Kündigung von Weisshaupt Schmagel, der ebenfalls Straßenbahnführer und heute noch bei der BVB beschäftigt ist, wonach beide sich zusammen auf dem Betriebsbahnhof gemeldet und sich als Arbeitswillige hätten eintragen lassen wollen.

Die WiederEinstellungsanträge von fünf weiteren Mitgliedern lehnte das Gericht ab, weil sie den Beweis dafür, daß sie an der Arbeitsaufnahme durch die räumliche Menge gehindert worden seien, nicht hätten erbringen können.

Der Zentralverband der Angestellten

Am Freitag, den 9. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Ortsgruppenbüro, Marktstraße 1, 111, Hauptversammlung des Zentralverbandes (Sektion Staatliche Beamtenschaft).

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Dresden

1. Bezirk, Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Arbeiterheim Gotta Seimaden, Birken aus dem Buche „Das Leben“.

4. Bezirk, Freitag, den 9. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus Dresden-Ost, Schönauer Straße 73, Seimaden. Vortrag: Vertriebenheit und Sozialismus.

Wissenschaft, Sonnabend, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, Generalprobe! Treffen im Zwanzendel, Schützenplatz 16, Osterbach.

Samstag Seimaden am 11. Dezember, Son 4 Uhr nachmittags an im großen Saal Große Meißnerstraße 1, 1. Leben und Unterhaltungsprogramme. Son abends 7 Uhr ein Fest und musikalischer Abendprogramm.

Metallarbeiterjugend

8. und 9. Bezirk, Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Zwanzendel, Volkstraße 13, Seimaden. Vortrag: „Der Jugendliche und sein Verband.“ Nur harte Organisationen können Grobes leisten. Bestrebt deshalb überall für unseren Verband.

9. und 10. Bezirk, Sonnabend, den 10. Dezember, Beirätigung der Bezirksgruppe, Quisenstraße (Wohnheim). Treffpunkt 9.15 Uhr am Eingang der Kirche. Die Beirätigung beginnt 9.30 Uhr, nicht wie früher angegeben, um 10 Uhr.

Christliche Hilfsarbeiter- und Buchbinderjugend

Freitag, den 9. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Arbeiterheim; Rederei auf Schlußplakat. Jeder bringt eine gebrauchte Platte mit, seine Platte! Bitte selbstverständlich willkommen.

Rundfunk

- Donnerstag, 8. Dezember
- 9:00: Schlußfeier beim Turner von St. Annen zu Annaberg zur Weihnachtszeit.
- 10:10: Berlin: Schlußfeier: Deutsche Arbeiter an der Wolga.
- 14:00: Filmberichte.
- 14:30: H. Weller: Schule und Erwerbslosigkeit.
- 15:00: Dr. Oelshagen: Luftfahrt-Wäcker.
- 16:00: Nachmittagskonzert der Dresdner Philharmonie.
- 18:00: Dr. Arnold: Hausmannskut im Winter.
- 18:15: Generallandfunk.
- 18:30: Sonntag.
- 19:30: Dr. Peters: Mit dem Kraftfahrzeug vom Herbst zum Frühling.
- 19:45: H. Korte: Die handwerklichen Traditionen in der deutschen Arbeitslosigkeit.
- 20:30: Paul Lind: Kapitän-Eden. Kauf. Einmalentwurf.
- 20:30: Zum 100. Geburtstag von Heinrichs Hübner. Eine Würdigung von Dr. Kuntz.
- 20:45: Heber unter Kraft. Zweiter Teil des Schauspiels von Heinrichs Hübner.
- 22:15: Nachrichtendienst.

- Freitag, 9. Dezember
- 9:00: Berlin: Schlußfeier: Beim Turner von St. Annen zu Annaberg zur Weihnachtszeit. Fortsetzung.
- 10:10: Schlußfeier: Deutsche Arbeiter an der Wolga.
- 15:00: Christliche Minderheiten im Reichlichen Hüten.
- 15:45: Neuenhumber: Neue Arbeiterlieder.
- 16:00: Adressenbucher Punkt.
- 18:30: Berlin: Nachmittagskonzert.
- 19:30: Dr. Rammert: Die Weisheit und der deutsche Reich der Gegenwart: Die Bedeutung von Christen.
- 19:45: Rundfunklicher Festplatz.
- 20:30: H. Korte: Schule und Erwerbslosigkeit zum 100. Geburtstag.
- 20:30: Stunde des Landwirts.
- 21:30: Dr. Schmidt: Bismarck durch die Zeit.
- 21:40: Korrespondenz des Reichs: Graf von Helldorf: Die und Unterwegs.
- 22:00: Berlin: Schlußfeier: Beim Turner von St. Annen zu Annaberg zur Weihnachtszeit.
- 22:15: Heber: Tage und Winternächte.
- 22:45: Hamburg: Deutscher Tag von 1900-1932.

Erwerbslose und Kriegsopter

Soziale Einstellung der Gemeinden - Noch eine Entlassungsdebatte - Die Reichsbahn als Arbeitgeber

Dresden, 6. Dezember.
In der heutigen Landtags-Sitzung kam zunächst ein sozialdemokratischer Antrag (1116) zur Beratung, der die Regierung beauftragte, die Gemeinden und die Bezirksfürsorgeverbände anzuweisen, die gemäß Verordnung vom 19. Oktober 1932 gewährten

Zulagen auf Wohlfahrtunterstützung nicht anzurechnen
und die Gewährung von Zuschüssen und Beihilfen aus den Ausgleichsmitteln von der Beachtung dieser Anweisung abhängig zu machen.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag (753) erstrebt Ausdehnung der Reisenunterstützung auf tschechoslowakische Staatsangehörige, die in Deutschland leben.

Abg. Krendl (Soz.):

Die Reichsverordnung vom 19. Oktober 1932 über die Erhöhung der sozialen Leistungen ist von den Rechtsparteien als eine große soziale Tat gefeiert worden. Tatsächlich handelt es sich um eine ganz unzulängliche Maßnahme. Nach dieser Verordnung sollen die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger mit ausfallberechtigten Angehörigen in der Lohnklasse 1 bis 6 eine Winterbeihilfe von 2 bis 4 M. pro Woche erhalten, die bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht angerechnet werden darf. Die Reichsregierung hat zu diesem Zweck 50 Millionen Reich zur Verfügung gestellt. Das ist viel weniger angesichts der ungeheuren Notlage und nur ein winziger Bruchteil dessen, was den Arbeitslosen und Krisenunterstützungsempfängern durch die Juni-Notverordnung abgezogen worden ist. Diese Abzüge betragen jährlich 750 Millionen Reich. Aber auch diese verhältnismäßig geringen Zulagen kommen diesen Armen nicht zugute, weil sie von den Gemeinden auf die Wohlfahrtunterstützung angerechnet werden.

Der Landtag hat sich wiederholt für Zusatzunterstützungen in Höhe des vollen Differenzbetrags ausgesprochen. Aber die Gemeinden haben sich über diese Landtagsbeschlüsse und auch über die Ermahnungen der Regierung hinweggesetzt. Die Zusatzunterstützung wird von ihnen nur insoweit gewährt, daß die Arbeitslosenunterstützung zusammen mit der Zusatzunterstützung 85 Prozent der Wohlfahrtunterstützung erreicht. Manche Gemeinden gehen sogar bis zu 75 Prozent. So kommt es, daß zahlreiche Arbeitslose und Krisenunterstützungsempfänger, die doch noch einen Rechtsanspruch haben, 15 bis 25 Prozent weniger bekommen als die Wohlfahrtunterstützungsempfänger.

Die Zulagenverordnung kommt also nicht den niedrigst Unterliegenden zugute, sondern den Gemeinden. Wenn die Gemeinden die Zulagen auf die Zusatzunterstützung anrechnen, kann selbstredend von einer Winterhilfe für die Arbeitslosen keine Rede sein. Viele Gemeinden gehen in ihrer Sparwut

sogar so weit, daß sie die Zulagen auf die Wohlfahrtunterstützung anrechnen, die Familienmitglieder beziehen. Solche Fälle, die keineswegs vereinzelt, sondern zu Hunderten vorkommen, bedeuten nicht bloß eine ungerechte soziale Gärte, man muß sie als

Fürsorgekandal

bezeichnen. (Verhaftet sehr richtig! S. d. Soz.)
Diese Einstellung der Gemeinden, die dem Sinn und Wesen der Fürsorge widerspricht, zeigt sich auch bei der Verteilung von Bezugscheinen auf verbilligte Kohlen und verbilligtes Fleisch. Die Gemeinden verlangen den Arbeitslosen und Sozialrentenempfängern grundsätzlich ihre Hilfe. Sie wollen damit zwar einen Druck auf die Reichsstellen und Sozialversicherungsträger ausüben, damit diese die Unterstützung erhöhen. Tatsächlich wirkt sich dieser Druck aber auf die Armen aus, die von diesen Stellen allerdings in völlig unzulänglicher Weise unterstützt werden. Wir haben für die finanzielle Lage der Gemeinden immer Verständnis gehabt, wir sind für eine Entlastung der Gemeinden, aber sie müssen auch soziale Vernunft walten lassen. Deshalb auch der zweite Teil unseres Antrages.

Zum Antrag 758 bemerkt unser Redner, daß der erste Teil sich zum größten Teil erledigt hat, da der angestrebte Staatsvertrag mit der Tschechoslowakei inzwischen abgeschlossen worden ist, nicht zuletzt auf Drängen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parlamentarier. Die tschechischen Gemeinden haben dadurch eine erhebliche Entlastung erfahren, denn sie hätten die arbeitslos gewordenen tschechischen Staatsangehörigen doch nicht ausweisen können, schon aus rein menschlichen Gründen nicht. Der zweite Teil unseres Antrages will, daß die Gemeinden noch eine Reichsbeihilfe bekommen.

In einem Zusatzantrage fordern wir, daß die Krisenunterstützung für tschechoslowakische Staatsangehörige auch für diejenigen gewährt werden, die in der Zeit vom 1. April bis 31. November 1932 aus der Armee entlassen wurden. Wir wollen also auch hier wieder eine Entlastung der Gemeinden herbeiführen. Wir können solche Anträge aber nur stellen, wenn auch die Gemeinden gemüht sind, die Arbeitslosen, die in die Armee kommen, nicht schlechter zu behandeln, als wenn sie sich in der Wohlfahrtunterstützung befinden würden. Anbei gibt zum Schluß der Erwartung Ausdruck, daß sich die Regierung energisch für die Anträge einsetzt, denn es handle sich um ein Gebot der sozialen Vernunft und Gerechtigkeit. (Bravol bei den Soz.)

Die Kommunisten Breitenborn und Siegel hatten einige Anträge ihrer Fraktion zu begründen. Die Hauptsache für sie war indessen eine Begeisterung der sozialdemokratischen Führer, die in allen Schandblättern fähig seien, bloß um die kapitalistische Gesellschaft zu retten. Die sozialdemokratischen Delegierten der Wohlfahrtsektion unterzeichneten sich in nichts von den bürgerlichen.

Das Elend der Kriegsopter

Abg. Gerlach (Soz.)

Interpelliert die Regierung wegen der Nichtdurchführung des Landtagsbeschlusses (6. Juli 1932) zur Bereitstellung von 1 Million Reich zur ergänzenden Fürsorge der Kriegsopter. Er spricht von einem Sabotageakt der Regierung. Auf Vorstellungen des Reichsbundes der Kriegsopter habe die Regierung auf die weitere Verschlechterung der Finanzlage des Staates verwiesen und hinzugefügt, daß weitere Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Dabei würde selbst die Durchführung des Landtagsbeschlusses nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein angesichts der verheerenden Auswirkungen der Notverordnungen auf die Kriegsopter. Eine Wohnung besonders für die kriegsopterbelegte Jugend, wie es mit dem „Dank des Vaterlandes“ bestellt ist. Die Kriegsopter wollen keine schönen Worte, sondern verlangen tatkräftige Hilfe. (Bravol bei den Soz.)

Minister Richter: Die tschechische Regierung ist immer für eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge eingetreten. Namentlich im Interesse der Fürsorgeverbände und in der Absicht, einer weiteren Abwanderung der Unterstützungslast vom Reich auf die Gemeinden und Bezirke vorzubeugen, mußte sie schon immer den Standpunkt einnehmen, daß die Arbeitslosen, solange sie Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung und an die Reisenunterstützung haben, von der Reichsbahn bzw. dem Reich ausreichend zu betreuen sind und der Hilfe der Bezirksfürsorgeverbände nicht bedürfen.

Die Regierung erkennt an, daß namentlich unter Berücksichtigung des erhöhten Bedarfs an Heizung, Kleidung und Nahrung während der kalten Jahreszeit die Anrechnung der Winterzulage eine Härte bedeuten würde. Die Bezirksfürsorgeverbände werden bei Annahme des Antrages 1116 angewiesen werden, von der Anrechnung der Winterzulage abzusehen. Zum Antrag 753 bemerkt der Minister, die Regierung werde sich bemühen, daß die bei der wachsenden Not unzureichende Abgeltungssumme der Tschechoslowakei in künftigen Jahren im Interesse der Bezirksfürsorgeverbände erhöht wird.

Die Regierung läßt sich leider nicht in der Lage, zusätzliche Staatsmittel für die Kriegsopterfürsorge zur Verfügung zu stellen. In dringenden Fällen sei jedoch mit sogenannten Hilfsmitteln und anderen Geldern geholfen worden.

Die Durchführung der kommunistischen Anträge auf Gewährung von Vormitteln, Naturalien usw. wurde weit über 100 Millionen Reich kosten und sei daher ganz unmöglich. Maßnahmen der Arbeitsämter rückgängig zu machen oder Maßnahmen zu treffen, daß weitere Kontroll- und Haftstellen eingerichtet werden, dazu sei die Regierung nicht in der Lage.

Die NSDAP. hatte beschämenderweise zu diesen wichtigen Arbeiterfragen nichts zu sagen. Wirklich eine feine Arbeiterpartei!

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag 753 (mit dem Zusatzantrage Krendl) einstimmig angenommen, ebenso der Antrag 1116.

Der SPD-Antrag gegen die sogenannte Vereinfachung der Erwerbslosenfürsorge wird ebenfalls zum Beschluß erhoben, dagegen werden die NSDAP-Anträge auf Durchführung von Hilfsmitteln für die Erwerbslosen und deren Kinder mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Nationalsozialisten abgelehnt. Schließlich wird der Antrag Kender, betreffend die Arbeitslosenkontroll- und -haftstellen, gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Es kommen dann noch Anträge zur Verhandlung, die die Entlassungen in Sachsen betreffen. Eine sozialdemokratische Anfrage, datiert vom 19. Januar 1932, richtet sich gegen die Entlassung des Sachsenwertes in Radeberg und Niederzwickau.

Abg. Edel (Soz.)

betont, daß das Radeberger Werk aus reinen Rationalisierungsbestrebungen aufgelöst wurde. Wenn auch unser Antrag post festum zur Verhandlung kommt, so besteht doch alle Veranlassung, auf die außerordentliche Notlage der Stadt Radeberg hinzuwirken. Radeberg hat 8000 Erwerbslose, darunter 1300 Wohlfahrtsempfänger. Seit Jahr und Tag ist die Industrie in Radeberg so gut wie ausgefallen. Verfügt, neue Industrien heranzuziehen, sich gescheitert. Trotz dem Ehrenwort des früheren Direktors des Sachsenwertes, des Herrn Willig, hat jenseitig, November, das

bandes Sächsischer Industrieller, daß das Radeberger Werk nicht stillgelegt werden würde, ist dessen Einstellung und die mangelhafte Erhaltung des Radeberger Werkes zu konstatieren. Mit unserem Antrage wollen wir, daß gegenüber der Reichsregierung ein Druck ausgeübt wird, damit der notleidenden sächsischen Bevölkerung geholfen wird. Diese Rationalisierungs- und Rationalisierungsbestrebungen dürfen sich nicht auf dem Rücken der Arbeiterschaft abspielen. (Bravol bei den Soz.)

Minister Richter: Die Regierung habe sich seit 1927 um die Erhaltung des Sachsenwertes bemüht. Leider habe sich die Stilllegung des Radeberger Betriebes zunächst nicht vermeiden lassen. Dagegen habe erreicht werden können, daß der Radeberger Betrieb aufrechterhalten blieb. Er arbeite jetzt mit 1750 Personen.

Gegen die Eisenbahnerentlassungen

Zu einem nationalsozialistischen Antrage, die Kündigungen bei der Deutschen Reichsbahn wieder rückgängig zu machen, erklärt Finanzminister Dr. Gerlach, daß die Zeit- und Ausfallbeschränkung am 3. Dezember ihre Kündigung erhalten haben, jedoch die größte Aussicht hätten, im Frühjahr wieder eingestellt zu werden. Die Unterbrechung der Arbeiten mache sich nur mit Rücksicht auf die Winterunterstützung notwendig. Dem Landtagsbeschlusse, dafür zu wirken, daß die Summen im Reichsbahnetat für Leistungszulagen für Instandhaltung und Ausbau der Bahnanlagen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwendet werden, sei die Regierung nachgekommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in Abänderung der Fassung des Antrages 1068 beantragt, daß 1. die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft unter Fortzahlung der bisherigen Gesamtlohne eine Ver-

fürzung der Arbeits- und Dienstzeiten in dem Ausmaß vornimmt, daß Entlassungen vermieden und die bereits ausgesprochenen Kündigungen zurückgezogen werden können;
2. alle sogenannten Leistungszulagen in Wegfall kommen und die dadurch freiwerdenden Summen mit zum Lohnausgleich für die ausfallenden Arbeitsstunden verwendet werden;
3. der Vertreter Sachsens im Verwaltungsrat der D. R. B. angewiesen wird, diese Forderungen sofort nachdrücklich bei der Hauptverwaltung der D. R. B. zu vertreten.

Abg. Diekmann (D. Sp.) spricht von übertriebenen Forderungen, die doch in den Papierfloyd wandern.
Abg. Siegel (Komm.) greift wieder einmal die Sozialkammer an.

Abg. Kaufsch (Soz.)

Wenn den Eisenbahnern damit gebient wäre, daß die Kommunisten die Sozialdemokratie bekämpfen, müßte es ihnen sehr gut gehen. Der Regierung kann der Vorwurf nicht erport werden, daß sie doch nicht alles getan hat, um den Landtagsbeschlüssen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Will man an die Arbeitslosigkeit heranziehen, so ist das bei der Reichsbahn ganz besonders nötig, wo zum großen Teil noch Arbeitszeiten bestehen, die man als verbehalten bezeichnen muß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Einheitsverband der Eisenbahner hat von jeher gegen die forumpierenden Leistungszulagen angekämpft.

Der sozialdemokratische Antrag zum Sachsenwert wird einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung zu den Anträgen betr. die Eisenbahnerentlassungen findet ein kommunistischer Antrag — 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Herabsetzung der Gehälter der oberen Beamten usw., Streichung der Leistungszulagen usw. und Verwendung der so ersparten Gelder für die Instandhaltung der Bahnanlagen, WiederEinstellung der entlassenen Arbeiter und Unterlassung des durch den freiwilligen Arbeitsdienst vorgenommenen Abbruchs des Reichsbahnausbesserungswerkes Dresden-Friedrichstadt — eine Mehrheit. Auch die Sozialdemokraten stimmen für diesen Antrag.
Damit haben sich alle anderen Anträge erledigt. — Nächste Sitzung: 8. Dezember.

Nachrichten aus dem Lande

Wagen. Verminderung der Stadtverordnetenanzahl. Der Stadtrat ist in seiner Sitzung am Dienstag abends demzufolge einer Anregung der Kreisbauernschaft gefolgt, den Beschluß der Stadtverordneten beizutreten, die Zahl der Stadtverordneten aus Sparmaßnahmegründen von 35 auf 20 zu ermäßigen, diese Maßnahme aber erst bei der nächsten Wahl des Stadtverordnetenkollegiums durchzuführen.

Wagen. Wegen Verfalls militärischer Geheimnisse verurteilt. Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte den 21 Jahre alten Betriebsführer Otto Alwin Weiß aus Kottbusch wegen Verfalls militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. Weiß war von tschechoslowakischen Agenten beauftragt worden, Material über geheimzuhaltende Dinge militärischer Art zu beschaffen. Weiß hatte diesem Auftrage in geringem Umfange entsprochen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Presse statt.

Leipzig. Vereitelter Raubüberfall. Am Montag nachmittag wurde auf dem zweiten Verbindungsweg in den Gartenanlagen des Vereins Selterhausen an der Burgener Straße gegenüber der Gasanstalt eine 19 Jahre alte Arbeiterin in Begleitung ihrer Freundin von einem Unbekannten überfallen. Dieser sprang plötzlich auf die Arbeiterin zu, schlug sie gegen den Leib und versuchte, ihr mit einem Tasch den Mund zuzufassen, um sie am Schreien zu verhindern. Auf die Hilfsrufe der Freundin ließ der Verräuber von dem Mädchen ab und flüchtete nach dem nahen Sportplatz zu. Es scheint ein bedauerlicher Raub vorzuliegen. Bei dem Täter handelt es sich um einen etwa 20 Jahre alten Menschen von schwächlicher Gestalt. Er konnte noch nicht ergriffen werden.

Leipzig. Ein Rechtsanwalt geflüchtet. Der 40 Jahre alte, in Erlichau i. B. geborene Rechtsanwalt und Notar Dr. Louis Müller, der seine Kanzlei auf dem Bismarckring und seine Wohnung in der Steinstraße hat, ist flüchtig. Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen Untreue, Betrugs und Falschdeklaration. In einem hinterlassenen Brief sprach Dr. Müller die Absicht aus, sich das Leben zu nehmen. Gegen ihn liegt Haftbefehl vor. Der größte Teil der in Frage kommenden Beiträge ist von Dr. Müller gedeckt.

München. Selbstmord auf den Sämenen. Am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr ließ sich bei Giesau ein junger Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, vom Zuge überfahren. Das Motiv zur Tat ist noch nicht bekannt.

Neues aus aller Welt

Das Gift im Ruchen

Auch in der Dienstausschussung des Sächsischen Schwurgerichts gegen den fünfjährigen Giftmachers beschuldigten Klein-Partischer Schuhmachermeisters Just blieb der Angeklagte bei seinem Bideckel. Er behauptete, daß seine Opfer nicht durch Ruchen, sondern durch Selbstmord ums Leben gekommen seien.

Der Angeklagte wurde durch die Zeugin Frau Kampe, die Mutter seiner verstorbenen zweiten Frau, schwer belastet. Die Zeugin erklärte: „Ich erfuhr eines Tages, daß Just meine Tochter oft geschlagen hat. Einmal kam ich ins Haus, da lag meine Tochter da und weinte. Sie hatte einen Strich in der Hand und sagte: Ich nehme mir das Leben, ich halte es nicht mehr aus; jetzt hat er mir ein Gift gegeben, das ich mir genommen und ist zu einer Sitzung fortgegangen. Als ich ein andermal kam, da lag meine Tochter: Denk mal, Mutter, eben habe ich einen Schuß Kaffee genommen und dreimal dem Christlollen abgeküßt, nun ist mir so übel. Da erbrach sie sich auch schon, ganz merkwürdig, ganz grün. Ich habe den Schollen sofort in den Ofen gesteckt. Und als ich wieder ein anderes Mal zu meiner Tochter komme, da liegt doch das Ruchen lang, hat furchtbare Schmerzen und schreit immer zu: In mir ist Feuer, mir verbrennt alles! Vorher: „Meine Sie, daß sich Ihre Tochter das Leben genommen hat?“. Aber, Herr Richter, sie hat doch große Pläne gemacht. Aber bevor sie fort, da ist Just bei der ganzen Nacht bei ihr im Krankenzimmer geblieben und war sehr gütlich und besorgt.“ Vorher: „Nun, Herr Just, was hat sich in jener Nacht zwischen Ihnen und Ihrer Frau abgespielt? Haben Sie Gift gegeben?“. Angeklagter: „Aber, Herr Richter —!“ Vorher: „Und nun erzählen Sie uns das große Geheimnis, das Sie Ihrer Schwiegermutter ins Gesicht sagen wollten.“ Der Angeklagte macht lange Ausschläge, bis ihn der Vorsitzende energisch ermahnt: „Nur das große Geheimnis will ich jetzt wissen.“ Schließlich erklärt Just: „Ja, also: die Schwiegermutter hat zu meiner Frau gesagt: In ein paar Wochen wird bei dir wieder etwas unterwegs sein, da hat sie sich also vor Kammer und Bergweisung darüber das Leben genommen. Das ist das Geheimnis“...

Raubüberfall im Konsumverein

Wernitzberg, 6. Dezember. Am Sonnabend abend drangen zwei Unbekannte in den Konsumverein im Alter von 30 und 35 Jahren im Ortsteil Wernitzberg ein. In dem Konsumverein des Konsumvereins ein,

hielten der Angestellten zwei Pistolen vor die Brust und verlangten den Inhalt der Kasse. Der Verkäuferin blieb nichts weiter übrig, als den Räubern den gesamten Kassenbestand von etwa 30 M. auszuliefern. Zum Glück hatte am Nachmittag schon einmal die Kasse geleert, sonst hätten die Räubereine bessere Beute gemacht. Die sofort aufgenommene Verfolgung war leider ergebnislos. Es besteht jedoch begründete Aussicht, der Räuber, daß hoffbar zu werden, da sie sich schon tagelange in der Stadt verdinglich gemacht und in einer Ostwestschiffahrt aufgehalten haben.

Waders Strafe verschärft

Berlin, 7. Dezember. (Sig. Funk.) In dem Berliner Kunsthändlerprozess wurde der Kunsthändler Otto Wader am Dienstag von der Berufungsinstanz zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis und 30 000 M. Strafe verurteilt. Außerdem wurde gegen ihn auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 8 Jahren erkannt. Am Anschluß an die Urteilsbegleichung wurde der Angeklagte auf Beschluß des Gerichts in Haft genommen, da mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe Fluchtverdacht als gegeben angesehen werden mußte. In der ersten Instanz war Wader wegen fortgesetzten Betrugs und schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil hatten er und der Staatsanwalt Berufung eingelegt.

Die Weite zu Pferde

In allen Strögenenden stehen in Berlin noch immer Mannen aus Hüllers bekannten Herden und sammeln, rasselnd und klappernd, Spender für das Begräbnis der NSDAP. Ein besonders eifriger Nazi hatte sich auf einen Inorrignen Schimmel geschwungen und kreiste anhaltend die Rechte mit dem Hitler-Gruß gen Himmel, die Linke mit der Büchse, Spenden fordernd, nach unten. Als „Kampfpferd“ hatte sich der moderne Don Quixote den Volksamer Weg ausgesucht. Die tomische Figur ludte begreiflicherweise ein Scherz von Reugierigen herbei, und lautes Gelächter erscholl über den weiten Platz, bis die Polizei einstrich und Ruh und Heiter auf die Wache führte. Hier gelobte der SA-Mann hierlich, in Zukunft nicht wieder auf so groteske und verheerend Weise an dem Gemeinwohl zu spielen.

Rampf dem Rauschgift

Ein Geheilte schildert seine Rettung

Die große Wandlung in der Medizin, die sich heute bis in die feinsten Verhältnisse ärztlichen Handelns und Denkens erstreckt...

darauffin im Januar 1923: die erste Entziehungskur im geschlossenen Anstalt.

Schlüsselbeinbruch noch einem Sturz vom Pferd beschwört abermals die Spritze herauf! Rückfälle und Entziehungskuren lösen einander ab!

Eine Begegnung mit dem Arzt war bald erzielt. Am 21. Februar begab sich der Patient, dessen Geschichte hier untrifflig wurde...

Bereits gegen 4 Uhr nachmittags, entgegen der ursprünglichen Verabredung, trieb mich eine starke Antriebe in die Wohnung des Herrn Dr. W.

Ich war sehr fest und traumlos geschlafen haben. Als ich das erstmal erwache, sind bereits 28 Stunden vergangen.

Ich war sehr fest und traumlos geschlafen haben.

Alte Weihnachtsmärkte

Die sogenannten Weihnachtsmärkte verschwanden immer mehr. Sie waren seit alters mit dem Weihnachtsfest untrennbar verbunden.

Der älteste Christmarkt, von dem wir wissen, ist der Nürnberger. Die Chronik Wagenfels (1897) berichtet von ihm eingehend: „Einige Tage vor dem Feiertag“.

Im der einseitigen Verfügung ist weiter angeordnet, daß die vorhandenen Exemplare an einen Berichtsbürogeher herausgegeben werden.

Der Anpruch meiner Auftraggeber läßt sich darauf, daß die Vorderseite des beanstandeten Umschlages eine photographisch getreue Wiedergabe einer Whiskyflasche enthält...

- 1. Die bisher für das Buch von Ihnen gebrauchte Ausstattung wird entfernt. 2. Sie machen glaubhaft, wieviel Exemplare von Ihnen bereits in den Buchhandel gebracht worden sind...

Bei der klaren Rechtslage nehme ich an, daß Sie es auf eine Austragung des Rechtsstreits nicht ankommen lassen werden.

Der Verlag wird diese Unberschämtheit natürlich nicht „zur Kenntnis nehmen“, sondern den Kampf aufnehmen.

trunk, schon bitte ich: „Laßt mich allein“ — und noch wenigen Minuten dämmere ich wieder hinüber.

Diesmal erwachte ich erst am dritten Tage. Das „nervöse“ Herz verurteilte Unbehagen, ich hatte hartes Herzklopfen und bildete mir prompt ein, schwer krank zu sein...

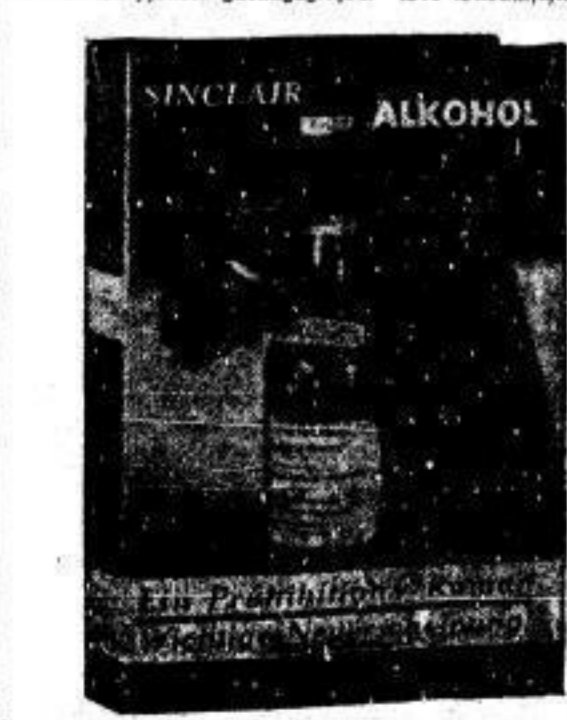
In der Nacht vom vierten zum fünften Tag wachte ich gegen 12 Uhr auf, ganz klar, eine leichte Spannung im Körper. Die Schwester sagte zu mir: „Nur noch ein wenig Geduld, Sie sind gleich über den Berg!“

Während ich diese Zeilen schreibe, liegt vor mir auf dem Tisch eine „Melordspitze“. Ich sehe sie an, es berührt mich nicht mehr. Die leere Packung Morphinumpullen in meinem Koffer ist nur noch eine böse Erinnerung.

Georg Birsenthal.

Im Namen des Alkoholkapitals

Der Widumschlag des Romans „Alkohol“ von Alton Sinclair hat die heiligen Interessen des Alkoholkapitals verletzt...



Photomontage des genialen Hearstfeld: ein Betrunkener, der dem Hals einer tiefen Whiskyflasche umklammert und das Gesicht ausstrahlt.

Wir behalten mir weitere Ansprüche vor.

Das Bild ist im Unterricht. Rätlich fand in der Landesbildstelle eine Zusammenkunft der Leiter amtlicher sächsischer Bildstellen statt.

Das Bild ist im Unterricht. Rätlich fand in der Landesbildstelle eine Zusammenkunft der Leiter amtlicher sächsischer Bildstellen statt.

